

Bitte füllen Sie diese Anlage sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

**Hinweis:** Sie sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Weitere Informationen zu Ihren datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie unter: <https://www.bafög.de/hinweis>

# Formblatt 1

Förderungsnummer

Eingangsstempel

Zeile

## Antrag auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) !

Ich beantrage Ausbildungsförderung  
für den Besuch der/des

Ausbildungsstätte

Klasse/Fachrichtung

angestrebter Abschluss

in Vollzeit  in Teilzeit

Ich habe bereits früher einen Antrag auf Ausbildungsförderung gestellt  nein  ja, und zwar beim

Amt für Ausbildungsförderung

bisherige Amts- und Förderungsnummer

### Personenbezogene Angaben

Name

Geburtsname

Geburtsort

Vorname

Geburtsdatum

männlich  weiblich

Steueridentifikationsnummer

ledig  verheiratet/in eingetragener Lebenspartnerschaft seit\*  dauernd getrennt lebend seit\*  verwitwet seit\*

geschieden/aufgehoben seit\* Datum\*

Tag

Monat

Jahr

\* Datumsangabe nur bei Änderung gegenüber der letzten Erklärung

Staatsangehörigkeit  deutsch  andere, und zwar

B

Staatsangehörigkeit des Ehegatten/eingetr. Lebenspartners

### Anschrift am ständigen Wohnsitz

Straße, Hausnummer

bei

ggf. Ausl.-  
Kennbuchstaben

PLZ

Ort

E-Mail - Angabe empfohlen

Bundesland

Telefon (mit Vorwahl) - Angabe empfohlen

### Anschrift der Unterkunft während der Ausbildung (soweit bereits bekannt)

Straße, Hausnummer

bei

ggf. Ausl.-  
Kennbuchstaben

PLZ

Ort

E-Mail - Angabe empfohlen

Bundesland

Telefon (mit Vorwahl) - Angabe empfohlen

### Meine Bankverbindung

Name und Sitz des Geldinstituts

IBAN

BIC

Sofern dies nicht Ihr eigenes Konto ist: Name und Vorname des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (Legitimation durch gültigen Personalausweis erforderlich)

### Der Bescheid sowie sonstiger Schriftverkehr sollen übersandt werden an:

mich (Zeile 15 bis 18)  mich (Zeile 19 bis 22) **oder**  meinen Vater  meine Mutter  meine/n  
Sorgeberechtigte/n

### Angaben über meine leiblichen Eltern oder Adoptiveltern:

Vater: Name

Vorname

Geburtsdatum

verstorben am

Straße, Hausnummer

ggf. Ausl.-  
Kennbuchstaben

PLZ

Ort

Staatsangehörigkeit:  deutsch  andere, und zwar

Mutter: Name

Vorname

Geburtsdatum

verstorben am

Straße, Hausnummer

ggf. Ausl.-  
Kennbuchstaben

PLZ

Ort

Staatsangehörigkeit:  deutsch  andere, und zwar

Wenn beide Eltern leben, sind sie miteinander verheiratet  
oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft verbunden?

 ja nein dauernd getrennt lebend

B

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

38 Die Zeilen 39 bis 42 brauchen Sie nur auszufüllen, wenn Sie **Schülerin/Schüler** sind.

39 Die elterliche Sorge/Das Aufenthaltsbestimmungsrecht **B** für mich ist/war zuerkannt worden durch das

|    |                                      |              |                  |     |       |      |
|----|--------------------------------------|--------------|------------------|-----|-------|------|
| 40 | Vormundschafts- oder Familiengericht | Aktenzeichen | am               | Tag | Monat | Jahr |
|    | Name der/des Sorgeberechtigten       | Vorname      | ggf. Geburtsname |     |       |      |
| 41 | Anschrift                            |              |                  |     |       |      |

42 Ich führe einen eigenen Haushalt  ja  nein

43 Angaben über meine Kinder - ohne Stief- und Pflegekinder - (weitere Kinder bitte auf gesondertem Blatt angeben)

|    | 1. Kind  | 2. Kind        |
|----|--|----------------|
| 44 | Name, Vorname  |                |
| 45 | Geburtsdatum   |                |
| 46 | Name der Ausbildungsstätte   |                |
| 47 | Art des Ausbildungsverhältnisses <b>B</b>  |                |
| 48 | wohnt in meinem Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |                |
| 49 | Bruttoeinnahmen des Kindes im Bewilligungszeitraum monatlich <b>B</b>              |                |
| 50 | in vollen Euro   | in vollen Euro |

51 Für mich werden gezahlt oder es wurden beantragt: **B**

52 Leistungen von einem Begabtenförderungswerk  ja  nein

53 Anwärterbezüge oder ähnliche Leistungen aus öffentlichen Mitteln während meiner Ausbildung  ja  nein

54 Leistungen für die berufliche Weiterbildung nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch  ja  nein

55 zuständige Agentur für Arbeit/ zuständiges Jobcenter

56 Angaben zur Wohnung während der Ausbildung

57 Ich wohne mit meinen Eltern/einem Elternteil in häuslicher Gemeinschaft  ja  nein **B**

58 Wenn Zeile 57 verneint wurde: Mein Wohnraum ist im Eigentum/Miteigentum meiner Eltern bzw. eines Elternteils  ja  nein

59 Wenn Zeile 57 verneint wurde: Schülerinnen/Schüler geben bitte Gründe an (siehe Erläuterungen).

60

61

62 Bei Internatsunterbringung bitte Heimkosten angeben (ohne Schulgeld und ohne behinderungsbedingte Pflegekosten) monatlich Euro  **B**

63 Angaben zur Krankenversicherung während der Ausbildung

64 Ich bin  gesetzlich familienversichert  studentisch gesetzlich versichert **B**  privatversichert **B**  
 in einem anderen Versicherungsverhältnis (z. B. aus Arbeits-, Waisenrenten- oder Praktikumsverhältnissen)

65 Angaben zur Pflegeversicherung während der Ausbildung

66 Ich bin selbst beitragspflichtig pflegeversichert  nein  ja **B**

67 Nur für Studierende an Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen

68 Soweit mir Ausbildungsförderung nur in Form eines verzinslichen Bankdarlehens zustehen sollte, bitte ich das Kreditangebot auf folgenden monatlichen Darlehensbetrag zu begrenzen Euro

**B** Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

# Angaben zu meinem Einkommen

69 während der Ausbildung **B**

70 Ich werde im Bewilligungszeitraum (BWZ) vom 

|       |      |
|-------|------|
| Monat | Jahr |
|       |      |

 bis 

|       |      |
|-------|------|
| Monat | Jahr |
|       |      |

Bitte teilen Sie uns Änderungen des Einkommens im Laufe des BWZ unverzüglich mit.

71 also in 

|  |  |
|--|--|
|  |  |
|--|--|

 Kalendermonaten voraussichtlich Einnahmen erzielen

**Betrag im gesamten BWZ in vollen Euro**

72  nein; bitte weiter ab Zeile 88  ja, und zwar:

73 Waisenrente und/oder Waisengeld (einschl. Weihnachtszuwendung) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

74 Ausbildungs- und Praktikumsvergütung brutto - auch Sachbezüge Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

75 Voraussichtliche Brutto-Einnahmen aus bestehenden oder ruhenden Arbeitsverhältnissen, Ferien-, Gelegenheitsarbeiten, Mini-Jobs Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

76 Darin ist ein Arbeitgeberanteil zu vermögenswirksamen Leistungen enthalten  ja

77 Sonstige Renten (z.B. Unfallrenten) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

78 Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

79 Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Sparzinsen) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

80 Einnahmen aus der **BAföG-Einkommensverordnung** (nicht: laufende BAföG-Zahlungen) - die Verordnung ist abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 1 - Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

81 Unterhaltsleistungen meines dauernd von mir getrennt lebenden oder meines geschiedenen Ehegatten bzw. nicht mehr verbundenen eingetragenen Lebenspartners oder sonstiger unterhaltspflichtiger Personen (nicht der Eltern) monatlich Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

82 Zuwendungen von Firmen oder privaten Stiftungen (z. B. Stipendien) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

83 Ausbildungsbeihilfen und gleichartige Leistungen aus öffentlichen Mitteln sowie Förderungsleistungen anderer Staaten, soweit sie zur Deckung des Lebensunterhalts oder der üblichen Ausbildungskosten bestimmt sind (z. B. Stipendien, AFBG) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

84 Sonstige Ausbildungsbeihilfen Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

85 Einnahmen, die zur Deckung des Unterhaltsbedarfs

86 a) meines Ehegatten/meines eingetragenen Lebenspartners bestimmt sind Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

87 b) meiner Kinder bestimmt sind Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

88 Ich habe folgende noch nicht bewilligte Sozialleistungen beantragt (z. B. Waisenrente, AFBG) 

|  |
|--|
|  |
|--|

89 Ich zahle geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur "Riester-Rente") Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

90 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Einkommens anrechnungsfrei bleiben, soweit er zur Deckung besonderer Kosten der Ausbildung (z. B. Schulgeld) erforderlich ist. Dieser Antrag muss schriftlich spätestens bis zum Ende des Bewilligungszeitraums gestellt werden. Ein Formblatt ist hierfür nicht erforderlich.

## 91 Angaben zu meinem Vermögen zum Zeitpunkt der Antragstellung **B**

**Wert in vollen Euro**

92 Höhe des Barvermögens (Bargeld) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

93 Höhe des Bank- und Sparguthabens, einschließlich des Guthabens auf Girokonten Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

94 Höhe des Bauspar- und Prämiensparguthabens Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

95 Kraftfahrzeuge (Zeitwert) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

96 Höhe des steuerlich geförderten Altersvorsorgevermögens ("Riester-Rente") Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

97 Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

98 Sonstige unbebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

99 Sonstige bebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

100 Betriebsvermögen (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

101 Wertpapiere (z. B. Aktien, Pfandbriefe, Schatzanweisungen, Wechsel, Schecks; Kurswert) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

102 Lebensversicherungen (Rückkaufswert) Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

103 Forderungen und sonstige Rechte Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

104 Sonstige Vermögensgegenstände Euro 

|  |
|--|
|  |
|--|

**B** Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

**Meine Schulden und Lasten**

105

zum Zeitpunkt der Antragstellung **B**

106

Hypotheken, Grundschulden und sonstige Belastungen auf einem der vorgenannten Vermögenswerte

Euro

107

Lasten, z.B. Verpflichtungen zu wiederkehrenden Leistungen, Beschränkungen des Eigentums zu Gunsten Dritter (Nießbrauch, Rentenverpflichtung)

Euro

108

Sonstige Schulden, auch Verbindlichkeiten aus Studienkrediten und dem Bildungskreditprogramm des Bundes, nicht jedoch Darlehen nach dem BAföG

Euro

109

**Nicht anzurechnende Vermögenswerte****B**

110

Übergangsbeihilfen nach den §§ 12 und 13 des Soldatenversorgungsgesetzes sowie nach § 13 Abs. 1 des Bundespolizeibeamtengesetzes

Euro

111

Vermögenswerte, deren Verwertung aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist

Euro

112

Zur Vermeidung unbilliger Härten kann über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Vermögens anrechnungsfrei bleiben.

113

**Mir ist bekannt,**

114

- dass falsche oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden;

115

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage (z. B. des von mir erzielten Einkommens) sowie der Familien- und Ausbildungsverhältnisse (auch der Geschwister), über die im Rahmen dieses Antrags Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;

116

- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben zu meinem Einkommen beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;

117

- dass Vermögenswerte auch dann meinem Vermögen zuzurechnen sind, wenn ich diese rechtsmissbräuchlich übertragen habe. Dies ist der Fall, wenn ich in zeitlichem Zusammenhang mit der Aufnahme der förderungsfähigen Ausbildung bzw. der Stellung des Antrags auf Ausbildungsförderung oder während der förderungsfähigen Ausbildung Teile meines Vermögens unentgeltlich oder ohne gleichwertige Gegenleistung an Dritte, insbesondere an meine Eltern oder andere Verwandte, übertragen habe;

118

- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben zu meinem Vermögen durch einen Datenabgleich (§ 41 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 45d EStG) und durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen.

119

- dass im Fall der Inanspruchnahme von Ausbildungsförderung in Form eines verzinslichen Bankdarlehens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die für die Darlehensrückerstattung erforderlichen Daten zwischen der KfW und dem Bundesverwaltungsamt ausgetauscht werden und dass die KfW die Auszahlungsdaten dem zuständigen Amt für Ausbildungsförderung übermittelt.

120

**Ich bestätige, dass ich die Erläuterungen zum Antrag auf Ausbildungsförderung – Formblatt 1 – sowie die Hinweise zum Datenschutz (<https://www.bafög.de/hinweis>) zur Kenntnis genommen habe.**

121

**Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.**

122

Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden

123

Ort, Datum

Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin / des gesetzlichen Vertreters \* der/des Auszubildenden

124

\* Nur erforderlich bei Auszubildenden unter 15 Jahren (immer) und bei minderjährigen Auszubildenden über 15 Jahren, die eine Höhere Fachschule, Akademie oder Hochschule besuchen oder ein Praktikum absolvieren, das mit dem Besuch dieser Ausbildungsstätten im Zusammenhang steht

**B**

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

# Erläuterungen zum Antrag auf Ausbildungsförderung

## - Formblatt 1 -

### Allgemeines:

Ausbildungsförderung wird vom Beginn des Monats an geleistet, in dem die Ausbildung aufgenommen wird, frühestens jedoch vom Beginn des Antragsmonats an. Stellen Sie bitte daher den Antrag auf Ausbildungsförderung so früh wie möglich.

Nach dem BAföG werden *eingetragene (gleichgeschlechtliche) Lebenspartner* genauso behandelt wie Ehegatten. Im Falle einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sind daher dieselben Angaben zu machen wie im Falle einer Ehe. Bitte beachten Sie: Die Lebenspartnerschaft muss vom Standesbeamten nach § 1 des Gesetzes über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (LPartG) oder von einer anderen nach Landesrecht zuständigen Urkundsperson oder Behörde begründet worden sein. Partner anderer eheähnlicher Lebensgemeinschaften werden durchgängig nicht berücksichtigt.

### Formblätter:

- Zu Ihrem Antrag auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG

gehört bei einem Erstantrag, nach einer Unterbrechung der Ausbildung oder bei einem Antrag auf Förderung eines Ausbildungsaufenthalts im Ausland

### Darüber hinaus sind erforderlich:

- von Ihnen als Antragsteller/in, sofern Sie Kinder haben und einen Kinderbetreuungszuschlag erhalten möchten,
- von Ihrer Ausbildungsstätte  
*Falls Sie von Ihrer Hochschule eine **Immatrikulationsbescheinigung** mit dem Hinweis „[Bescheinigung] nach § 9 BAföG“ erhalten haben oder diese selbst ausdrucken können, gilt sie als Ersatz für das Formblatt 2.*
- von Ihrem Vater, Ihrer Mutter und, wenn Sie verheiratet sind oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, von Ihrem Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartner  
*Sollten beide Elternteile im **maßgeblichen** Kalenderjahr Einkommen bezogen haben, so wird von jedem Elternteil ein Formblatt 3 benötigt.*
- für Ausländer/innen im Sinne des § 8 Abs. 3 Nr. 2 BAföG  
*Dieses Formblatt ist nur nach ausdrücklicher Anforderung auszufüllen*
- für Auszubildende an einer Höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule  
*Diese Leistungsbescheinigung ist grundsätzlich für eine Förderung ab dem 5. Fachsemester vorzulegen.*
- für eine Ausbildung, einen Ausbildungsteil oder ein Praktikum/Praxissemester im Ausland
- bei einem Antrag auf Aktualisierung des anrechenbaren Einkommens des Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartners der/des Auszubildenden oder des Vaters oder der Mutter der/des Auszubildenden  
*Dieser Antrag kann gestellt werden, wenn das Einkommen der betreffenden Person/en im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird, als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.*
- von Ihnen bei einem Antrag auf Vorausleistung von Ausbildungsförderung

### Formblatt 1

(Antrag auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz - BAföG)

### die Anlage 1 zu Formblatt 1

(Schulischer und beruflicher Werdegang).

### die Anlage 2 zu Formblatt 1

(Zusatzblatt für den Kinderbetreuungszuschlag)

### das Formblatt 2

(Bescheinigung nach § 9 BAföG über den Besuch einer Ausbildungsstätte, die Teilnahme an einem Praktikum/Fernunterrichtslehrgang)

### das Formblatt 3

(Einkommenserklärung des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners, des Vaters, der Mutter)

### das Formblatt 4

(Erklärung der Eltern/des Elternteils nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 BAföG)

### das Formblatt 5 oder andere nach § 48 Abs. 1 BAföG vorgesehene Bescheinigung

### das Formblatt 6

(Zusatzblatt für eine Ausbildung im Ausland)

### das Formblatt 7

(Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG)

### das Formblatt 8

(Antrag auf Vorausleistungen nach § 36 BAföG)

### Datenschutz:

Die Daten werden maschinell verarbeitet und gespeichert. Über Art und Umfang der über Sie gespeicherten Daten können Sie Auskunft verlangen.

### Sonstiges:

Füllen Sie bitte das Antragsformblatt sorgfältig, vollständig und gut lesbar aus. Beachten Sie bitte die nachfolgenden Hinweise und fügen Sie die erforderlichen **Belege** und **Nachweise** bei. Nur dann kann das Amt für Ausbildungsförderung Ihren Antrag zügig bearbeiten und die Zahlungen rechtzeitig leisten. Bei Kontoauszügen können die Angaben, die für die Entscheidung über den Antrag nicht erforderlich sind, von Ihnen geschwärzt werden. Sollten Sie zu den Formblättern oder Erläuterungen Fragen haben, wenden Sie sich bitte an das zuständige Amt für Ausbildungsförderung.

**Geben Sie den Antrag auf Ausbildungsförderung bitte bei dem für Sie zuständigen Amt für Ausbildungsförderung ab. Hinweise dazu, welches Amt für Sie zuständig ist, finden Sie in den „Allgemeinen Hinweisen zu den Formblättern“.**

### Was Sie beim Ausfüllen beachten müssen:

#### Zeile 5

Eine Vollzeitausbildung liegt vor, wenn die Ausbildung nach den Ausbildungsbestimmungen oder der allgemeinen Erfahrung einschließlich aller Unterrichtsstunden, der notwendigen Vorbereitungen und der notwendigen Praktika 40 Wochenstunden erfordert. An Hochschulen kann eine solche grundsätzlich angenommen werden, wenn im Durchschnitt pro Semester 30 ECTS-Leistungspunkte vergeben werden.

#### Zeile 11

Die Angabe Ihrer Steueridentifikationsnummer ist für das gesetzlich vorgeschriebene Datenübermittlungsverfahren nach § 10 Abs. 4b EStG zwingend erforderlich.

#### Zeile 12

Die Angaben dauernd getrennt lebend, verwitwet und geschieden sind auch anzukreuzen, wenn Sie in einer nach § 1 LPartG eingetragenen Lebenspartnerschaft dauernd getrennt leben, der eingetragene Lebenspartner verstorben ist bzw. die eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben wurde.

#### Zeile 14

Falls Sie Ausländer/in sind, legen Sie bitte Ihre gültigen Aufenthaltspapiere in Kopie vor.

#### Zeile 17 und 21

Verwenden Sie bei einer Anschrift im Ausland nur die für den ausländischen Staat international gebräuchlichen Buchstaben (z.B. NL für Niederlande).

**Zeile 23**

Als Bankverbindung kann nur ein Konto im SEPA-Zahlungsraum angegeben werden. Barauszahlungen sind unzulässig.

**Zeilen 32 und 35**

Ist Ihnen die aktuelle Adresse eines Elternteils nicht bekannt, tragen Sie bitte – soweit Sie Kenntnis haben – die letzte Ihnen bekannte Adresse des betreffenden Elternteils ein und kennzeichnen dies durch Voransetzung der Wörter „letzte mir bekannte Adresse“.

**Zeile 39**

Sind Sie eine *minderjährige Schülerin* oder ein *minderjähriger Schüler*, dann ist die Frage nach der elterlichen Sorge stets zu beantworten, wenn Ihre Eltern nicht miteinander verheiratet sind. Sind Sie eine *volljährige Schülerin* oder ein *volljähriger Schüler*, dann ist eine Angabe nur notwendig, wenn ein Elternteil vor Ihrer Volljährigkeit verstorben ist oder wenn Ihre Eltern vor diesem Zeitpunkt geschieden waren oder dauernd getrennt gelebt haben. In diesem Falle ist anzugeben, wem die elterliche Sorge/das Aufenthaltsbestimmungsrecht bis zur Volljährigkeit zugestanden hat.

**Zeile 43**

Folgende Kinder sind anzugeben: Eheleiche, für ehelich erklärte, an Kindes Statt angenommene und nichteheliche Kinder. Bei mehr als zwei Kindern bitte ein besonderes Blatt verwenden. Bei Kindern unter zehn Jahren bitte auch die Anlage 2 zum Formblatt 1 vorlegen, soweit für die Kinder der Kinderbetreuungszuschlag beantragt wird.

**Zeile 48**

Bitte eine Schul- oder Ausbildungsbescheinigung vorlegen.

**Zeile 52**

Anzugeben sind Leistungen:

- der Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V.,
- des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerkes,
- der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
- der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.,
- der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.,
- der Studienstiftung des Deutschen Volkes,
- der Stiftung der Deutschen Wirtschaft – Studienförderwerk Klaus Murmann – ,
- des Cusanuswerkes - Bischöfliche Studienförderung - ,
- des Evangelischen Studienwerkes e.V. - Haus Villigst - ,
- der Friedrich-Naumann-Stiftung,
- der Hans-Böckler-Stiftung,
- der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
- der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung,
- des Avicenna-Studienwerkes e.V..

**Zeile 54**

Soweit über einen Antrag auf Leistung nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch bereits entschieden worden ist, fügen Sie bitte den Bescheid in Kopie bei.

**Zeile 57**

Bitte Mietvertrag oder anderen Beleg (z.B. eine Meldebescheinigung) in Kopie beifügen.

**Zeile 59**

Gründe dafür, dass Sie nicht mit Ihren Eltern/einem Elternteil in häuslicher Gemeinschaft wohnen, sind nur anzugeben, falls Sie eine der folgenden Schulen besuchen

- weiterführende allgemeinbildende Schule,
- Fachoberschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt,
- Berufsfachschule oder Fachschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern ihr Bildungsgang weniger als zwei Jahre dauert oder nicht zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führt.

Wenn Sie die Entfernung der Ausbildungsstätte vom Elternhaus als Grund angeben, wird überprüft, ob Sie eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte in einer angemessenen Zeit vom Elternhaus aus erreichen könnten. Eine Ausbildungsstätte ist nicht in einer angemessenen Zeit erreichbar, wenn bei Benutzung der günstigsten Verkehrsverbindungen mindestens an drei Wochentagen für Hin- und Rückweg eine Wegzeit von mehr als zwei Stunden benötigt wird. Zu der Wegzeit gehören auch Wege zwischen der Haltestelle des Verkehrsmittels und der Ausbildungsstätte bzw. Wohnung sowie die notwendigen Wartezeiten vor und nach dem Unterricht. Umsteigezeiten zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln gelten als Wartezeit. Nach Addition von Hin- und Rückweg ist jeder angefangene Kilometer Fußweg mit 15 Minuten zu berechnen. Maßgebend sind die regelmäßigen Verkehrsverhältnisse im Bewilligungszeitraum.

Wenn Sie Ihre Wohnung außerhalb des Elternhauses mit dem Besuch einer bestimmten Ausbildungsstätte begründen, geben Sie bitte den Schultyp an (z.B. altsprachliches, mathematisch-naturwissenschaftliches, musisches Gymnasium).

**Zeile 64**

*Studentisch gesetzlich versichert* sind Personen, die nach § 5 Abs. 1 Nr. 9, 10 oder 13 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) oder als freiwilliges Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind. Bitte legen Sie eine entsprechende Bescheinigung vor.

Als *privatversicherte* Person bitte Bescheinigung in Kopie beifügen, die Folgendes enthält: Ihren Monatsbeitrag zum Zeitpunkt Ihres BAföG-Antrags sowie die Angabe, ob Ihre Vertragsleistungen auch gesondert berechenbare Unterkunfts- und wahlärztliche Leistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung umfassen. Bei Privatversicherten – mit Ausnahme der bei der Postbeamtenkrankenkasse Versicherten – muss sich zusätzlich zu den im Formblatt bezeichneten Angaben aus den vorzulegenden Versicherungsunterlagen ergeben, dass das Versicherungsunternehmen den strukturellen Anforderungen für Krankenversicherungsunternehmen nach SGB V (§ 257 Abs. 2a) genügt.

**Zeile 66**

Wenn Sie bei einem privaten Versicherungsunternehmen pflegeversichert sind, kann der Pflegeversicherungszuschlag nach dem BAföG nur geleistet werden, wenn sich aus den vorzulegenden Versicherungsunterlagen ergibt, dass das Versicherungsunternehmen die Voraussetzungen des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (§ 61 Abs. 6) erfüllt.

**Zeile 68**

Die Förderung für Studierende erfolgt in der Regel zur Hälfte durch Zuschuss und zur Hälfte durch unverzinsliches Staatsdarlehen. Die Auszahlung erfolgt dann auf der Grundlage des Förderungsbescheids, ohne dass Sie nochmals tätig werden müssen. In bestimmten Fällen steht Ihnen Ausbildungsförderung jedoch nur in Form eines verzinslichen Bankdarlehens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu. In diesen Fällen erhalten Sie mit dem Förderungsbescheid ein Kreditangebot der KfW. Die Auszahlung erfolgt dann nur, wenn Sie das Kreditangebot der KfW annehmen.

Die Höhe des verzinslichen Bankdarlehens (und nur diese) kann durch die Erklärung in der Zeile 68 begrenzt werden. Wenn Sie die Begrenzung wünschen, müssen Sie diese Erklärung **bei Antragstellung abgeben**; sie ist für den Bewilligungszeitraum **unwiderruflich**.

Die Ausbildungsförderung wird in den folgenden Fällen – abgesehen von einem etwaigen Kinderbetreuungszuschlag – voll als verzinsliches Bankdarlehen nach § 18c BAföG gewährt: (1) Bestimmte Zweitausbildungen (2) Studienverlängerung nach mehrmaligem Studienabbruch oder Fachrichtungswechsel, (3) Studienabschlusshilfe (§ 17 Abs. 3 BAföG).

**Zeile 69****Achtung:**

**Die Erklärungen zum Einkommen können gegebenenfalls durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden.**

**Zeile 70**

Der *Bewilligungszeitraum (BWZ)* ist der Zeitraum, für den die Förderung bewilligt wird. Dies ist in der Regel das jeweilige Schul- oder Studienjahr. Einzutragen ist dann der erste und letzte Monat des Schul- oder Studienjahres, wobei das Studienjahr zwei Semester umfasst (Beispiel: Oktober 2015 bis September 2016).

**Zeile 71**

Anzugeben ist die Zahl der Kalendermonate, die der Bewilligungszeitraum insgesamt umfasst.

### **Zeile 73**

Geben Sie bitte die Höhe der Waisenrente nach Abzug des Pflichtbeitrages zur Krankenversicherung an. Das Waisengeld geben Sie bitte in Höhe der tatsächlich zufließenden Beträge, also einschließlich der Weihnachtiszuzahlung und abzüglich der Steuern an. Wenn Sie Waisenrente oder Waisengeld beantragt haben oder einen Antrag beabsichtigen, teilen Sie dies bitte unter Angabe des Aktenzeichens dem Amt für Ausbildungsförderung mit.

### **Zeile 74**

Die Ausbildungs- oder Praktikumsvergütung umfasst z.B. auch Essensgeldzuschuss, Mietzuschuss sowie Sachbezüge, wie z.B. freie Unterkunft und Verpflegung. Bei Sachbezügen ist deren Geldwert anzugeben. Fügen Sie bitte Ihren Ausbildungs- oder Praktikumsvertrag und – soweit vorhanden – Ihre Entgeltbescheinigungen in Kopie bei.

### **Zeile 75**

Zu den Einnahmen zählen u.a. Einkünfte aus ruhenden Arbeitsverhältnissen (z.B. Beurlaubung für die Studienzeit) sowie aus Ferien- und Nebenarbeit (auch Sachbezüge). Geben Sie bitte ebenfalls die Einnahmen aus einer Tätigkeit als studentische Hilfskraft und aus Gelegenheitsjobs an. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag sowie Steuern und Abzüge für soziale Aufwendungen werden von Amts wegen berücksichtigt.

### **Zeile 79**

Als Einkünfte sind stets die Bruttoeinkünfte anzugeben, das gilt auch für die Einkünfte aus Kapitalvermögen, die der Abgeltungssteuer unterliegen. Sparer-Pauschbetrag und Steuern werden von Amts wegen berücksichtigt.

### **Zeile 80**

Geben Sie bitte Ihre Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung – nachstehend aufgeführt – an.

**Die Einkommensverordnung listet Einnahmen auf, die nicht zu versteuern sind, die aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Beziehers erhöhen und deshalb bei der Berechnung des Förderungsanspruchs zu berücksichtigen sind. Wenn Sie über solche Einnahmen verfügen, sind diese anzugeben, sofern sie nachfolgend aufgeführt sind. Bitte fragen Sie bei Ihrem Amt für Ausbildungsförderung nach, wenn Sie nicht sicher sind, ob Sie bestimmte Einnahmen angeben müssen.**

## **Zusammenstellung aller Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung:**

**Als Einnahmen, die zur Deckung des Lebensbedarfs bestimmt sind, gelten folgende Leistungen:**

### **I. Leistungen der sozialen Sicherung**

1. nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) Entgeltersatzleistungen (§ 3 Abs. 4), Gründungszuschuss (§ 93) abzüglich der pauschalierten Sozialversicherungsbeiträge, Eingliederungshilfe (§ 418);
2. nach dem Fünften, Sechsten und Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB V, SGB VI, SGB VII), dem Zweiten Gesetz über die Versicherung der Landwirte (KVLG-1989), dem Mutterschutzgesetz (MuSchG), dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) Krankengeld (§§ 44 ff. SGB V, §§ 12 ff. KVLG 1989), Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse zur Erstattung des Verdienstausfalls bei Tätigkeit als Haushaltshilfe im Krankheitsfall des Versicherten (§ 38 Abs. 4 SGB V), Mutterschaftsgeld (§ 24i SGB V, § 13 MuSchG) und Zuschuss zum Mutterschaftsgeld (§ 14 MuSchG), soweit sie das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz oder das nach § 10 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes anrechnungsfreie Elterngeld oder vergleichbare Leistungen der Länder übersteigen, Verletzengeld (§§ 45 ff. SGB VII), Übergangsgeld (§§ 49 ff. SGB VII, §§ 20 ff. SGB VI), Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz soweit es die nach § 10 BEEG anrechnungsfreien Beträge übersteigt;
3. nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären Versorgungskrankengeld (§ 16 BVG), Übergangsgeld (§ 26a Abs. 1 BVG), Unterhaltsbeihilfe, wenn der Berechtigte nicht in einer Rehabilitationseinrichtung untergebracht ist (§ 26a Abs. 5 BVG), laufende ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, soweit sie außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen für Angehörige im Sinne des § 25 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) geleistet wird, die mit dem Einkommensbezieher nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (§ 27a BVG);
4. nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG), dem Reparationsschädengesetz (RepG) und dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG) jeweils der halbe Betrag der Unterhaltsbeihilfe (§§ 261 bis 278a LAG), Unterhaltsbeihilfe (§ 10 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes), Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 301 bis 301b LAG), Unterhaltsbeihilfe und Unterhaltsbeihilfe (§§ 44, 45 RepG), Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 12 bis 15 FlüHG);
5. nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, soweit sie nicht zum Ausgleich für den freiwilligen Wehrdienst des Auszubildenden geleistet werden, Leistungen an Nichtselbständige (§ 6) und Selbständige (§ 7), Reservistendienstleistungsprämie und Zuschläge (§ 10), Dienstgeld (§ 11), Allgemeine Leistungen (§ 17), Leistungen an Angehörige, die nicht in einem gemeinsamen Haushalt mit der oder dem freiwilligen Wehrdienst Leistenden leben (§ 22). Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen nach § 78 des Zivildienstgesetzes und § 59 des Bundesgrenzschutzgesetzes vom 18. August 1972 (BGBl. I S. 1834), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978) geändert worden ist.
6. nach dem Beamtenversorgungsgesetz Übergangsgeld (§ 47);
7. nach dem Unterhaltsvorschussgesetz Unterhaltsleistung (§§ 1 ff.);
8. Anpassungsgeld nach den Richtlinien über die Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus vom 13. Dezember 1971 (BAnz. Nr. 233 vom 15. Dezember 1971), zuletzt geändert am 16. Juni 1983 (BAnz. S. 5901);
9. Leistungen aufgrund der Richtlinie über die Gewährung von Beihilfen für Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 § 2 Buchstabe b des Montanunionvertrages betroffen werden, vom 25. März 1998 (BAnz. S. 4951);
10. nach dem Soldatenversorgungsgesetz Übergangsgeld (§ 37), Arbeitslosenbeihilfe (§ 86a Abs. 1);
11. Vorruhestandsgeld nach der Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld vom 8. Februar 1990 (GBl. I Nr. 7 S. 42), die gemäß Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 5 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 und Artikel 4 Nr. 13 der Vereinbarung vom 18. September 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1210, 1243) mit Maßgaben weitergilt;
12. Übergangsleistungen nach § 3 der Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) vom 31. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2623).

### **II. Weitere Einnahmen**

1. nach dem Wehrsoldgesetz (Geld- und Sachbezüge) Wehrsold (§ 2), Verpflegung (§ 3), Unterkunft (§ 4); Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen (Geld- und Sachbezüge) nach § 35 des Zivildienstgesetzes, § 59 des Bundesgrenzschutzgesetzes (siehe oben unter Ziffer I Nr. 5) sowie für Angehörige der Vollzugspolizei und der Berufsfeuerwehr;
2. Vorruhestandsbezüge und diesen gleichstehende Leistungen, soweit sie steuerfrei sind; hierzu zählt auch das Ausgleichsgeld nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl. I S. 233), soweit es die Summe des nach § 3 Nr. 27 des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerfreien Betrages nicht übersteigt;
3. Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz (§ 3 Abs. 1 Buchstabe a) sowie die Zuschläge, die versicherungsfrei Beschäftigte im Sinne des § 27 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zur Aufstockung der Bezüge bei Altersteilzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen erhalten;
4. Abfindungen nach § 3 Nr. 9 des Einkommensteuergesetzes;
5. Leistungen, die in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht erbracht werden, mit Ausnahme der Leistungen der Eltern der/des Auszubildenden und ihres/seines Ehegatten oder Lebenspartners;
6. Leistungen nach § 9 Abs. 1 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes.

### **III. Einnahmen bei Auslandstätigkeit**

1. die Bezüge der Bediensteten internationaler und zwischenstaatlicher Organisationen und Institutionen sowie Bezüge diplomatischer und konsularischer Vertreter fremder Mächte und der ihnen zugewiesenen Bediensteten, soweit diese von der Steuerpflicht befreit sind;
2. nach dem Bundesbesoldungsgesetz: Auslandszuschlag nach § 55 Abs. 1 bis 4 mit 10 vom Hundert des Betrages, Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 mit 50 vom Hundert des Betrages, Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 mit 80 vom Hundert des Betrages; Entsprechendes gilt für vergleichbare Bezüge von Personen, die im öffentlichen Interesse nach außerhalb des Geltungsbereichs des Bundesausbildungsförderungsgesetzes entsandt, vermittelt oder dort beschäftigt sind.

**Zeile 81**

Bitte geben Sie hier nur die für Sie bestimmten Unterhaltsleistungen an, ohne die für Ihre Kinder bestimmten Beträge.

**Zeile 83**

Ausbildungsbeihilfen und gleichartige Leistungen sind z.B.:

1. Stipendien, die ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln geleistet werden. Bitte hier auch Stipendien oder Ausbildungsbeihilfen der Bundeswehr und anderer Stellen angeben, die eine Verpflichtung zu einer bestimmten Tätigkeit nach Ausbildungsabschluss enthalten. Diese sind keine Ausbildungsbeihilfen im engeren Sinne, müssen aber als steuerbare Einnahmen ebenfalls berücksichtigt werden.
2. Unterhaltsbetrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG, besser bekannt als „Meister-BAföG“).
3. Erziehungsbeihilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) einschließlich der Erziehungsbeihilfen, die ein als beschädigt anerkannter Elternteil nach § 27 Abs. 1 Buchst. b) BVG für den Auszubildenden erhält.
4. Hilfen aus dem Europäischen Sozialfonds, die die Bundesagenturen für Arbeit Teilnehmern an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen gewähren.

**Zeile 89**

Bitte fügen Sie folgende Unterlagen in Kopie bei:

1. Ihren „Riester-Renten-Vertrag“,
2. die Jahresbescheinigung nach § 92 Satz 1 Nr. 5 EStG, die Sie Anfang dieses Jahres von Ihrem „Riester-Renten-Vertragspartner“ erhalten haben,
3. einen Einkommens-/Lohnsteuerbescheid/Einkommensnachweis für das Vorjahr.

**Zeile 91**

Maßgeblich sind Ihre Vermögensverhältnisse im Zeitpunkt der Antragstellung. **Saldierungen sind unzulässig.** Bitte Belege zu jedem Vermögensgegenstand gesondert beifügen.

Als Vermögen gelten alle beweglichen und unbeweglichen Sachen, Forderungen einschließlich der Guthaben auf Giro- und Sparkonten und sonstige Rechte. Ausgenommen sind Gegenstände, soweit der Auszubildende sie aus rechtlichen Gründen nicht verwerten kann (siehe auch Erläuterungen zu Zeile 111). Vermögenswerte sind Ihrem Vermögen auch zuzurechnen, wenn Sie diese rechtsmissbräuchlich übertragen haben. Dies ist der Fall, wenn Sie in zeitlichem Zusammenhang mit der Aufnahme der förderungsfähigen Ausbildung bzw. der Antragstellung auf Ausbildungsförderung oder im Laufe der förderungsfähigen Ausbildung Teile Ihres Vermögens unentgeltlich oder ohne gleichwertige Gegenleistung an Dritte, insbesondere Ihre Eltern oder andere Verwandte, übertragen haben (Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundessozialgerichts). Sprechen Sie in diesem Fall Ihr Amt für Ausbildungsförderung an.

Vermögensveränderungen zwischen Antragstellung und dem Ende des Bewilligungszeitraums bleiben unberücksichtigt. Bitte vergewissern Sie sich, ob in Ihrem Namen Vermögensanlagen erfolgt sind, da auch solche Kapitalwerte anzugeben sind. Alle Angaben bitte belegen. Als Nachweise werden z.B. Kontoauszüge oder Bescheinigungen von Kreditinstituten/Bausparkassen, Verträge oder ein Erbschein anerkannt. Die Vermögensnachweise müssen nicht taggenau auf den Tag der Antragstellung datiert sein; sie sollen jedoch nicht mehr als 14 Tage vor diesem Datum ausgestellt sein.

**Achtung: Die Erklärungen zum Vermögen können durch einen Datenabgleich (§ 41 Abs. 4 BAföG in Verbindung mit § 45d EStG) und bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden.**

Legen Sie bitte bei ausländischen Vermögenswerten die in- und/oder ausländischen Besteuerungsunterlagen vor.

**Zeile 94**

Von Bauspar- oder Prämienparguthaben werden für die bei einer evtl. Verwertung entstehenden Verbindlichkeiten (z.B. Prämienrückforderung) von Amts wegen pauschal 10 Prozent abgesetzt.

**Zeile 95**

Kraftfahrzeuge (PKW, Motorrad usw.) bitte mit ihrem Zeitwert angeben. Fügen Sie bitte die Zulassungsbescheinigung Teil I bzw. den Fahrzeugschein in Kopie bei und geben Sie den aktuellen Kilometerstand an.

**Zeile 96**

Siehe Erläuterung zu Zeile 89

**Zeile 99**

Als sonstige bebaute Grundstücke sind z.B. Eigentumswohnungen oder Eigenheime anzugeben.

**Zeile 101**

Bei Wertpapieren, Aktien usw. geben Sie bitte die Stückzahl bei Antragstellung an. Maßgeblicher Kurswert ist der Wert im Zeitpunkt der Antragstellung.

**Zeile 102**

Bei Lebensversicherungen ist der aktuelle Rückkaufswert anzugeben und zu belegen, außerdem ist ein Nachweis aller bisher in die Lebensversicherung eingezahlten Beträge vorzulegen.

**Zeile 103**

Forderungen und sonstige Rechte sind z.B. Vermächtnisse, Ansprüche auf Zahlungen eines Geldbetrages oder Lieferung von Waren, ferner Geschäftsanteile, Patentrechte, Verlags- und Urheberrechte. *Forderungen aus Bank- und Sparguthaben oder Girokonten sind ausschließlich in Zeile 93 bzw. 94 einzutragen.*

**Zeile 104**

Sonstige Vermögensgegenstände bitte mit ihrem Zeitwert angeben. Nicht hierzu gehören angemessene Haushaltsgegenstände. Haushaltsgegenstände sind die beweglichen Sachen, die zur Einrichtung der Wohnung, Führung des Haushalts und für das Zusammenleben der Familie bestimmt sind. Regelmäßig rechnen dazu Möbel, Geschirr, Radio oder Fernseher.

**Zeile 106 bis 108**

Bei Hypotheken, Grundschulden sowie sonstigen Schulden, wie z.B. Kleinkrediten (auch für Kraftfahrzeuge), ist stets nur die Restschuld anzugeben.

**Zeile 111**

Eine Verwertung von Vermögensgegenständen ist aus rechtlichen Gründen z.B. ausgeschlossen, wenn ein entsprechendes gesetzliches oder behördliches Veräußerungsverbot (§§ 135, 136 BGB) vorliegt. Eine Verwertung ist jedoch nicht durch ein vom Eigentümer vereinbartes rechtsgeschäftliches Veräußerungsverbot (§ 137 BGB) ausgeschlossen. Die Verwertung von Prämienpar- und Bausparguthaben ist aus rechtlichen Gründen nicht ausgeschlossen; hier besteht stets eine vorzeitige Kündigungsmöglichkeit.

Es ist eine ausführliche Begründung mit Nachweisen erforderlich.

**Zeile 112**

Bitte teilen Sie ggf. Tatsachen für eine Härte mit. Eine Härte liegt insbesondere vor,

1. wenn die Vermögensverwertung zur Veräußerung oder Belastung eines im Sinne des § 90 Abs. 2 Nr. 8 des Zwölften Buch Sozialgesetzbuchs angemessenen Hausgrundstücks, besonders eines Familienheims oder einer Eigentumswohnung, die selbstbewohnt sind oder im Gesamthandseigentum stehen, führen würde,
2. soweit das Vermögen zur Milderung der Folgen einer körperlichen oder seelischen Behinderung bestimmt ist oder nach einem erlittenen Personenschaden der Deckung der voraussichtlichen schädigungsbedingten Aufwendungen für die Zukunft dienen soll oder auf Schmerzensgeldzahlung beruht,
3. solange das Vermögen nachweislich zur baldigen Beschaffung oder Erhaltung eines Hausgrundstücks im Sinne des § 90 Abs. 2 Nr. 8 des Zwölften Buch Sozialgesetzbuchs bestimmt ist, soweit dieses Wohnzwecken Behinderter oder Pflegebedürftiger dient oder dienen soll und dieser Zweck durch den Einsatz oder die Verwertung des Vermögens gefährdet würde.

**Zeile 117**

Vergleichen Sie hierzu auch noch einmal die Erläuterungen zu Zeile 91!

**Zeile 123**

Die gesetzlichen Vertreter können die Handlungsfähigkeit der/des Auszubildenden (Antragstellung, Verfolgung des Antrags und Entgegennahme der Ausbildungsförderung) durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Amt für Ausbildungsförderung einschränken.



Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

**Hinweis für Studierende:**

Sofern Sie von Ihrer Hochschule eine **Immatrikulationsbescheinigung nach § 9 BAföG erhalten haben, gilt sie als Ersatz für dieses Formblatt.**

# Formblatt 2

Zeile

|                             |              |
|-----------------------------|--------------|
| Name der/des Auszubildenden | Geburtsname  |
| Vorname                     | Geburtsdatum |

|                  |
|------------------|
| Förderungsnummer |
|------------------|

**Amt für Ausbildungsförderung, bei dem der BAföG-Antrag gestellt wird**

|                 |
|-----------------|
| Eingangsstempel |
|-----------------|

## Bescheinigung nach § 9 BAföG

über den Besuch einer Ausbildungsstätte, die Teilnahme an einem Praktikum/ Fernunterrichtslehrgang

|   |
|---|
| Name der Ausbildungsstätte/Praktikumsstelle/des Fernlehrinstituts |
| Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)                          |

**Ab hier von der AUSBILDUNGSSTÄTTE auszufüllen!**  
 Auszufüllen ist jeweils nur der betroffene Bereich A, B, C oder D.  
 Die Ausbildungsstätten und Fernlehrinstitute sind gemäß § 47 BAföG verpflichtet, die Bescheinigung zu erteilen.  
 Bitte melden Sie auch unentschuldigtes Fernbleiben von mehr als 3 Tagen oder 30 % der monatlichen Unterrichtszeit.

### A. Ausbildungsstätte: Schule ab Klasse 10

Angaben für das Schuljahr **20 / 20**

|                                |  |   |
|--------------------------------|--|---|
| Berufsfachschule, deren Besuch | <input type="checkbox"/> keinen berufsqualifizierenden Abschluss vermittelt            | <input type="checkbox"/> Abendhauptschule   |
|                                | <input type="checkbox"/> einen <b>berufsqualifizierenden Abschluss</b> vermittelt      | <input type="checkbox"/> Berufsaufbauschule |
| Fachoberschule, deren Besuch   | <input type="checkbox"/> eine abgeschlossene Berufsausbildung <b>nicht</b> voraussetzt | <input type="checkbox"/> Abendrealschule    |
|                                | <input type="checkbox"/> eine abgeschlossene Berufsausbildung <b>voraussetzt</b>       | <input type="checkbox"/> Abendgymnasium     |
|                                | <input type="checkbox"/> Sonstige Schulart/Ausbildungsstätte                           | <input type="checkbox"/> Kolleg             |
|                                | <input type="checkbox"/> eine abgeschlossene Berufsausbildung <b>voraussetzt</b>       |   |

Ausbildungsstätte, die durch Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 3 BAföG in den Förderungsbereich einbezogen ist.

Fachliche Richtung/Berufsfeld/ Bezeichnung des Lehrgangs

Klasse/Jahrgangsstufe   Semester

Bei Besuch der Klasse 12 einer Fachoberschule: Werden in der besuchten Klasse ausschließlich Schüler/-innen mit abgeschlossener Berufsausbildung unterrichtet?  ja  nein

Wird die Klasse/ die Jahrgangsstufe/ das Semester wiederholt?  nein  ja, und zwar  weil das Klassenziel nicht erreicht wurde  weil die Ausbildungsstätte dies empfohlen hat  freiwillig

Beginn der angekreuzten Ausbildung (erster Schultag)

|     |       |      |
|-----|-------|------|
| Tag | Monat | Jahr |
|-----|-------|------|

Voraussichtlicher Zeitpunkt des Abschlusses der Abschlussprüfung an der Ausbildungsstätte

|     |       |      |
|-----|-------|------|
| Tag | Monat | Jahr |
|-----|-------|------|

Art des Abschlusses

Letzter Schultag bei Ausbildung ohne Abschlussprüfung

|     |       |      |
|-----|-------|------|
| Tag | Monat | Jahr |
|-----|-------|------|

Werden Teile der Ausbildung im Ausland durchgeführt?  nein  ja,

|     |       |      |     |       |      |    |       |
|-----|-------|------|-----|-------|------|----|-------|
| von | Monat | Jahr | bis | Monat | Jahr | in | Staat |
| von | Monat | Jahr | bis | Monat | Jahr | in | Staat |

Werden mindestens 20 Wochenstunden vorgeschriebener Unterricht erteilt?  ja  nein

Bei privaten Ausbildungsstätten: Zahl der Ferienwerkstage im Ausbildungsjahr einschließlich Samstagen

Tage

Bei Internatsunterbringung: Heimkosten (ohne Schulgeld und ohne behinderungsbedingte Pflegekosten) monatlich Euro  **B**

**Kostenfreie Monate** Monate

**Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 10 bis 28 richtig und vollständig sind.**

**Es ist bekannt, dass die Ausbildungsstätte verpflichtet ist, das genannte Amt für Ausbildungsförderung unverzüglich zu unterrichten, wenn die/der Auszubildende die Ausbildung abbricht bzw. nach Anmeldung bei der Ausbildungsstätte nicht aufnimmt und ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann.**

|            |             |                                    |
|------------|-------------|------------------------------------|
| Ort, Datum | - Stempel - | Unterschrift der Ausbildungsstätte |
|------------|-------------|------------------------------------|

31 **B. Ausbildungsstätte: Praktikumsstelle**32 Das Praktikum wird in der fachlichen Richtung  in Zusammenhang mit dem Besuch der

33 Schulform/Ausbildungsstättenart und Fachrichtung; soweit bereits bekannt, Name und Anschrift der Ausbildungsstätte

34 vom 

|     |       |      |
|-----|-------|------|
| Tag | Monat | Jahr |
|     |       |      |

 bis 

|     |       |      |
|-----|-------|------|
| Tag | Monat | Jahr |
|     |       |      |

 durchgeführt.35 **Praktikumsvergütung einschließlich Sonderzuwendungen**  monatlich oder  gesamt Euro   
- brutto - (ohne Sachbezüge)36 Sachbezüge  nein  ja Art der Sachbezüge 37 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 32 bis 36 richtig und vollständig sind.**

38 Ort, Datum

- Stempel -

Unterschrift der Praktikumsstelle

39 **C. Ausbildungsstätte: Höhere Fachschule, Akademie, Hochschule**

40 Ersteinschreibung am

|     |       |      |
|-----|-------|------|
| Tag | Monat | Jahr |
|     |       |      |

41 Beginn des Studiums, für das diese  
Bescheinigung beantragt wird

|     |       |      |
|-----|-------|------|
| Tag | Monat | Jahr |
|     |       |      |

(erster Vorlesungstag)

42 Fachrichtung/Fachbereich

43 Hauptfächer/1. Fach

44 Nebenfächer/2. Fach und weitere

45 Das WS/SS  /  ist - bezogen auf das erste Hauptfach/ 1. Fach - das  Fachsemester46 2. Fach - das  Fachsemester47 3. Fach - das  Fachsemester

48 Studienziel (Art und Fachrichtung des Exams)

49 **Nur bei Hochschulen anzugeben:**  Studium in Vollzeit  Studium in Teilzeit50  Die Immatrikulation erfolgte aufgrund vorläufiger Zulassung.51 **Nur bei Höheren Fachschulen und Akademien anzugeben:**

52 tatsächliche Wochenstundenzahl des planmäßigen Unterrichts

Stunden

53 Zahl der Ferienwerktage im Ausbildungsjahr, einschl. Samstage

Tage

54 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 40 bis 53 richtig und vollständig sind.**

55 Ort, Datum

- Stempel -

Unterschrift der Höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule

56 **D. Ausbildungsstätte: Fernlehrinstitut**

57 Bezeichnung des Lehrgangs, angestrebtes Ausbildungsziel

58 Beginn der Teilnahme

|       |      |
|-------|------|
| Monat | Jahr |
|       |      |

voraussichtlicher Abschluss

|       |      |
|-------|------|
| Monat | Jahr |
|       |      |

59 Hat die/der Auszubildende in den letzten 6 Monaten erfolgreich an dem Lehrgang teilgenommen?  ja  nein60 Kann sie/er den Lehrgang in längstens zwölf Monaten beenden?  ja  nein61 Nimmt die Teilnahme an dem Lehrgang die Arbeitskraft der/des Auszubildenden voll in Anspruch?  ja  nein62 Wenn ja, in welchen Monaten? 63 Rechtliche Stellung  
des Fernlehrinstituts privater Träger öffentlich-rechtlicher Träger64 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 57 bis 63 richtig und vollständig sind.**

65 Ort, Datum

- Stempel -

Unterschrift des Fernlehrinstituts

# Formblatt 3

Stand: 2018

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

**Hinweis:** Sie sind nach § 47 Abs.4 BAföG i.V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Weitere Informationen zu Ihren datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie unter: <https://www.bafög.de/hinweis>

|                  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Förderungsnummer |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|                  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Eingangsstempel  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |

Zeile

1

|                             |             |
|-----------------------------|-------------|
| Name der/des Auszubildenden | Geburtsname |
|-----------------------------|-------------|

2

|         |
|---------|
| Vorname |
|---------|

3

|              |            |
|--------------|------------|
| Geburtsdatum | Geburtsort |
|--------------|------------|

!

4

**Einkommenserklärung**  des Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartners  des Vaters  der Mutter

5

(Angaben zu Zeilen 6 bis 46 beziehen sich auf den **Bewilligungszeitraum**)

6

## Angaben zur Person

7

|                        |         |              |
|------------------------|---------|--------------|
| Name, ggf. Geburtsname | Vorname | Geburtsdatum |
|------------------------|---------|--------------|

8

|                    |  |  |  |
|--------------------|--|--|--|
| Straße, Hausnummer |  | Telefon (mit Vorwahl) - Angabe empfohlen |  |
|--------------------|--|--|--|

9

|                           |     |     |                           |
|---------------------------|-----|-----|---------------------------|
| ggf. Ausl.-Kennbuchstaben | PLZ | Ort | E-Mail - Angabe empfohlen |
|---------------------------|-----|-----|---------------------------|

!

10

ledig  verheiratet/in eingetragener Lebenspartnerschaft seit\*  dauernd getrennt lebend seit\*  verwitwet seit\*  geschieden/aufgehoben seit\* Datum\* Tag | Monat | Jahr | | | \* Datumsangabe nur bei Änderung gegenüber der letzten Erklärung

11

Erwerbstätig als  Arbeiterin/Arbeiter  Angestellte/Angestellter  Beamtin/Beamter  Selbständige/Selbständiger  Nicht mehr erwerbstätig seit Monat | Jahr | | |

12

**Kinder, soweit sie von Ihnen unterhalten werden, sich in Ausbildung befinden oder in Ihren Haushalt aufgenommen wurden. Mütter und Väter geben bitte die Antragstellerin/den Antragsteller nicht mit an.**

13

(Weitere Kinder bitte auf zusätzlichem Blatt angeben)

14

|  | 1. Kind |  |  | 2. Kind |  |  | 3. Kind |  |  |
|--|---------|--|--|---------|--|--|---------|--|--|
|--|---------|--|--|---------|--|--|---------|--|--|

15

|               |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|---------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Name, Vorname |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|---------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

16

|              |                    |                    |                    |
|--------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Geburtsdatum | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr |
|--------------|--------------------|--------------------|--------------------|

17

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| Wohnung bei den Eltern/einem Elternteil | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
|---|---|---|---|

18

|  |   |   |   |
|--|---|---|---|
| Gemeinsames Kind der Eltern der/des Auszubildenden | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis |
|--|---|---|---|

19

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| bzw. gemeinsames Kind der/des Auszubildenden und des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners (eLP) | <input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen | <input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen | <input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen |
|---|---|---|---|

20

21

22

23

24

|                            |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|----------------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Name der Ausbildungsstätte |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|----------------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

25

|   |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Art des Ausbildungsverhältnisses <b>B</b> |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

26

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| derzeitige Klasse/derzeitiges Semester |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

27

|                   |                    |                    |                    |
|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Ausbildungsbeginn | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr |
|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|

28

|                                   |                    |                    |                    |
|-----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| voraussichtliches Ausbildungsende | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr |
|-----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|

29

|                                 |     |     |     |
|---------------------------------|-----|-----|-----|
| voraussichtlicher Abschluss als | Art | Art | Art |
|---------------------------------|-----|-----|-----|

30

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Förderung als behinderter Mensch | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
|---|---|---|---|

31

|                              |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|------------------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Art der Einnahme(n) <b>B</b> |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|------------------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

32

|                              |      |  |      |  |      |  |
|------------------------------|------|--|------|--|------|--|
| Einnahmen monatlich <b>B</b> | Euro |  | Euro |  | Euro |  |
|------------------------------|------|--|------|--|------|--|

**B**

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

33 **Angaben zur Prüfung, ob weitere Freibeträge zu gewähren sind**

34 Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte **Person(en)** (z. B. geschiedener Ehegatte, dauernd von Ihnen getrennt lebender eingetragener Lebenspartner, zweiter Ehegatte, Eltern oder andere Verwandte in gerader Linie), soweit Sie ihnen Unterhalt zahlen:

|    |                        |         |              |
|----|------------------------|---------|--------------|
| 35 | Name, ggf. Geburtsname | Vorname | Geburtsdatum |
| 36 | a)                     |         |              |
| 37 | Name, ggf. Geburtsname | Vorname | Geburtsdatum |
| 38 | b)                     |         |              |

39 Gegebenenfalls Art der gegenwärtigen Ausbildung **B**

|       |                       |
|-------|-----------------------|
| zu a) | vorauss. Abschluss am |
| zu b) | vorauss. Abschluss am |

42 Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht

|    |       |
|----|-------|
| 43 | zu a) |
| 44 | zu b) |

45 Art und Höhe der Einnahmen der ab Zeile 34 genannten Person(en) im Bewilligungszeitraum **B**

|       |        |      |  |
|-------|--------|------|--|
| zu a) | brutto | Euro |  |
| zu b) | brutto | Euro |  |

46 Ich beantrage für mich, die Antragstellerin/den Antragsteller oder eine andere mir gegenüber unterhaltsberechtigte Person einen Freibetrag/Freibeträge wegen einer anerkannten Behinderung.  ja **B**

47 Für alle nachfolgenden Fragen sind die Verhältnisse im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgebend,

48 also die des Kalenderjahres .

49 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 50  erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung
- 51  erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z. B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in)
- 52  erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder auf Antrag wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in **B**
- 53  Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige Nichterwerbstätige

54 Wurden Sie für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt?  ja (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen)  nein

55 Werden Sie noch für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt?  ja (Bescheid - **alle Seiten** - nach Erhalt in Kopie übersenden)  nein

56 Wurden Sie nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG zur Antragstellung veranlagt (früherer **Lohnsteuerjahresausgleich**)?  ja (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen)  nein

57 Die Veranlagung erfolgt/e zusammen mit

- 58  der derzeitigen Ehegattin/ dem derzeitigen Ehegatten
- dem Vater der/des Auszubildenden
- der Mutter der/des Auszubildenden

|                    |            |
|--------------------|------------|
| Name des Finanzamt | Steuer-Nr. |
|--------------------|------------|

60 Haben Sie gegen den beigefügten Einkommensteuerbescheid ein Einspruchs-/Klageverfahren eingeleitet,  ja das noch nicht abgeschlossen ist?

61 Angaben zur **Kirchensteuer**, soweit nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

62 Angaben zur **Gewerbesteuer** (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

|   |  |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
|---|--|---|---|---|--------------|---------|---|---|---|---|---|--|--|--|
| Zeile                                     | Name, Vorname der/des Auszubildenden   | Name, Vorname der/des Erklärenden                                 |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
|   | Jahresbruttobetrag der Einnahmen   | hierauf gezahlte/abgeführte Steuern                               |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 63  | Wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt worden ist und auch nicht mehr durchgeführt wird <input type="checkbox"/> <b>B</b> Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>   | Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>                   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 64  | Einkünfte aus Kapitalvermögen, soweit nicht bereits im Einkommensteuerbescheid enthalten <input type="checkbox"/> <b>B</b>   | Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>                   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 65  | Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung (Mini-Job) <input type="checkbox"/> <b>B</b>   | Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>                   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 66  | Beginn dieses geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses vor dem 01.01.2013 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 67  | Wenn Einnahmen im Ausland erzielt wurden <input type="checkbox"/> <b>B</b>   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 68  | <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%;">Staat</td> <td style="width: 25%;">Jahresbruttobetrag</td> <td style="width: 25%;">Währung</td> <td style="width: 25%;">Steuerbetrag</td> <td style="width: 25%;">Währung</td> </tr> <tr> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> </tr> </table>  | Staat   | Jahresbruttobetrag                        | Währung                                   | Steuerbetrag | Währung | <input style="width: 100%;" type="text"/> | <input style="width: 100%;" type="text"/> | <input style="width: 100%;" type="text"/> | <input style="width: 100%;" type="text"/> | <input style="width: 100%;" type="text"/> |  |  |  |
| Staat                                     | Jahresbruttobetrag   | Währung   | Steuerbetrag                              | Währung                                   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| <input style="width: 100%;" type="text"/> | <input style="width: 100%;" type="text"/>  | <input style="width: 100%;" type="text"/>                         | <input style="width: 100%;" type="text"/> | <input style="width: 100%;" type="text"/> |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 69  | <b>Einnahmen</b> , die aufgrund des <b>Auslandstätigkeitserlasses</b> nicht versteuert wurden <input type="checkbox"/> <b>B</b> Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>  |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 70  | Wurden vom Arbeitgeber <b>vermögenswirksame Leistungen</b> erbracht? <input type="checkbox"/> ja   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 71  | Beiträge zur geförderten Altersvorsorge nach § 82 EStG (" <b>Riester-Rente</b> "):<br><input type="checkbox"/> <b>B</b> Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>  |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 72  | Wenn noch kein Einkommensteuerbescheid vorliegt, Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs.1 Nr. 5 EStG <input type="checkbox"/> <b>B</b> Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 73  | <b>Renten</b> (Bescheide bzw. Rentenmitteilungen vollständig in Kopie beifügen.)   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 74  | Art der Renten   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 75  | <input style="width: 150px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 20px;">Tag</td><td style="width: 20px;">Monat</td><td style="width: 20px;">Jahr</td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td> </tr> <tr> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td></td><td></td><td></td> </tr> </table> Jahresbruttobetrag Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> | Tag   | Monat                                     | Jahr                                      |              |         |   | <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/> |   |  |  |  |
| Tag                                       | Monat  | Jahr  |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/>  | <input style="width: 15px;" type="text"/>                         |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 76  | <input style="width: 150px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 20px;">Tag</td><td style="width: 20px;">Monat</td><td style="width: 20px;">Jahr</td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td> </tr> <tr> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td></td><td></td><td></td> </tr> </table> Jahresbruttobetrag Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> | Tag   | Monat                                     | Jahr                                      |              |         |   | <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/> |   |  |  |  |
| Tag                                       | Monat  | Jahr  |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/>  | <input style="width: 15px;" type="text"/>                         |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 77  | <input style="width: 150px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 20px;">Tag</td><td style="width: 20px;">Monat</td><td style="width: 20px;">Jahr</td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td> </tr> <tr> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td><input style="width: 15px;" type="text"/></td><td></td><td></td><td></td> </tr> </table> Jahresbruttobetrag Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> | Tag   | Monat                                     | Jahr                                      |              |         |   | <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/> |   |  |  |  |
| Tag                                       | Monat  | Jahr  |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| <input style="width: 15px;" type="text"/> | <input style="width: 15px;" type="text"/>  | <input style="width: 15px;" type="text"/>                         |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 78  | <b>Unterhaltsleistungen von</b> <input style="width: 150px;" type="text"/> Name, ggf. Geburtsname, Vorname   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 79  | <input style="width: 150px;" type="text"/> Verwandtschaftsverhältnis zur/zum Erklärenden   | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 80  | <b>Einnahmen nach der BAföG - Einkommensverordnung</b> <input type="checkbox"/> <b>B</b><br>(Siehe Erläuterungen zu Formblatt 3)   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 81  | Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld  | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 82  | Krankengeld  | Netto-Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 83  | Insolvenzgeld  | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 84  | Übergangsgeld  | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 85  | Kurzarbeitergeld   | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 86  | Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten  | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 87  | <b>Haben Sie andere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung bezogen?</b>   |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 88  | <input type="checkbox"/> nein  |   |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |
| 89  | <input type="checkbox"/> ja, und zwar <input type="checkbox"/> <b>B</b> <input style="width: 150px;" type="text"/>   | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |   |   |              |         |   |   |   |   |   |  |  |  |

**B** Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

90 Dieses Formblatt 3 kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden übersandt werden.

91 **Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung mit Begründung schriftlich mit.**

92 Wenn das aktuelle Einkommen der erklärenden Person voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im maßgeblichen Kalenderjahr (Zeile 47 und 48), kann auf **besonderen Antrag** der/des Auszubildenden von den **Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum (BWZ)** ausgegangen werden. Der Antrag (Formblatt 7 - Antrag auf Aktualisierung) muss spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

93 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen der erklärenden Person ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben (z. B. für Aufwendungen für behinderte Personen). Dieser Antrag muss ebenfalls spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

94 Mir ist bekannt,

95 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;

96 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;

97 - **dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt für die Rückforderung von BAföG-Darlehen übermittelt werden, um die Anschrift der Darlehensnehmerin oder des Darlehensnehmers zu ermitteln;**

98 - dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber sowie durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;

99 - **dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meiner Tochter/meinem Sohn vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste, und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze für Schülerinnen/Schüler zwischen 231 Euro und 708 Euro und für Studierende zwischen 451 Euro und 735 Euro erreichen kann. Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.**

100 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.**

|            |                                  |
|------------|----------------------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift der/des Erklärenden |
|------------|----------------------------------|

### Zusaterklärung für Elternteile ohne Einkommen

103 Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil der/des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil die folgende Zusaterklärung abgeben. In diesem Fall entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben. Dies gilt nicht, wenn das Formblatt mit elektronischer Signatur vorgelegt wird.

104 Ich, ,

105 **erkläre, dass ich im maßgeblichen Kalenderjahr, also im Kalenderjahr** ,  
106 **kein eigenes Einkommen hatte, das in diesem Formblatt anzugeben wäre.**

107 Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben.

108 Mir ist bekannt,

109 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung mitzuteilen;

110 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind.

|            |                                  |
|------------|----------------------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift der/des Erklärenden |
|------------|----------------------------------|

## Erläuterungen zur Einkommenserklärung des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners der/des Auszubildenden, des Vaters und der Mutter der/des Auszubildenden - Formblatt 3 -

### Allgemeines:

Wenn die/der Auszubildende verheiratet ist oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt, ist ein Formblatt 3 von ihrem/seinem **Ehegatten** bzw. **eingetragenen (gleichgeschlechtlichen) Lebenspartner** auszufüllen. Die Lebenspartnerschaft muss vom Standesbeamten nach § 1 Lebenspartnerschaftsgesetz oder von einer anderen nach Landesrecht zuständigen Urkundsperson oder Behörde begründet worden sein.

Wenn Sie als *Ehegatte oder eingetragener Lebenspartner* der/des Auszubildenden von ihr/ihm dauernd getrennt leben, sind Einkommensangaben nicht erforderlich.

Leben Sie mit der/dem Auszubildenden in einer *anderen eheähnlichen Lebensgemeinschaft*, wird das Formblatt 3 von Ihnen nicht benötigt.

Von *jedem Elternteil* mit eigenem Einkommen ist ein eigenes Formblatt 3 auszufüllen. Gemeint ist hier der leibliche oder Adoptivelternteil. Ein Elternteil **ohne** Einkommen kann an Stelle einer eigenen Erklärung die **Zusatzklärung auf Seite 4** abgeben. Dies gilt nicht, wenn das Formblatt mit elektronischer Signatur vorgelegt wird.

### Ersatzpflicht:

Haben Sie die Leistung von Ausbildungsförderung an die/den Auszubildende/n dadurch herbeigeführt,

- dass Sie vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben gemacht haben **oder**

- dass Sie Änderungen in den Verhältnissen nicht unverzüglich mitgeteilt haben, die für die Leistung von Ausbildungsförderung erheblich sind oder über die von Ihnen im Zusammenhang mit der Leistung von Ausbildungsförderung Erklärungen abgegeben worden sind,

so haben Sie den Betrag, der nach dem BAföG der/dem Auszubildenden als Förderungsbetrag zu Unrecht geleistet worden ist, verzinst zu ersetzen.

### Datenschutz:

Die Daten werden maschinell verarbeitet und gespeichert. Über Art und Umfang der über Sie gespeicherten Daten können Sie Auskunft verlangen.

Bitte füllen Sie das Formblatt sorgfältig, vollständig und gut lesbar aus. Beachten Sie bitte die nachfolgenden Hinweise und fügen Sie die erforderlichen **Belege** und **Nachweise** bei. Sonstige dort enthaltene Angaben, die für die Entscheidung über den Antrag nicht erforderlich sind, können von Ihnen geschwärzt werden.

**Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, so teilen Sie dies dem Amt für Ausbildungsförderung mit Begründung schriftlich mit.**

**Dieses Formblatt können Sie auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden dem Amt für Ausbildungsförderung unmittelbar übersenden. Es muss dann unbedingt die Förderungsnummer oder einen Hinweis auf die Ausbildungsstätte/Fachrichtung enthalten.**

### Was Sie beim Ausfüllen beachten müssen:

#### Zeile 4

Wer die Einkommenserklärung als Ehegatte/eingetragener Lebenspartner sowie als Vater und Mutter ausfüllen muss, steht oben unter „Allgemeines“.

#### Zeile 5

Der Bewilligungszeitraum (BWZ) ist der Zeitraum, für den die Förderung bewilligt wird. Dies ist in der Regel das jeweilige Schul- oder Studienjahr.

#### Zeile 9

Verwenden Sie bei einer Anschrift im Ausland nur die für den ausländischen Staat international gebräuchlichen Buchstaben (z.B. NL für Niederlande).

#### Zeile 10

Die Angaben dauernd getrennt lebend, verwitwet oder geschieden sind auch anzukreuzen, wenn Sie in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft dauernd getrennt leben, der eingetragene Lebenspartner verstorben ist oder die eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben wurde.

#### Zeilen 12 bis 32

Die Antragstellerin/Den Antragsteller bitte nicht eintragen. Folgende Kinder bitte angeben: Eheliche, für ehelich erklärte, an Kindes Statt angenommene und nichteheliche Kinder.

#### Achtung !

#### Bei Nichtbeachtung sind nachteilige Auswirkungen auf die Förderungshöhe möglich:

Soweit zum Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung eines der hier aufgeführten Kinder noch nicht in einer Ausbildung steht, der Beginn der Ausbildung aber bereits abzusehen ist, teilen Sie dies dem Amt für Ausbildungsförderung bitte formlos mit. Beendet ein Kind im Laufe des Bewilligungszeitraums die Ausbildung, so teilen Sie bitte den Zeitpunkt des Ausbildungsendes mit; dabei ist auch anzugeben, ob und welche weitere Ausbildung das Kind in dem verbleibenden Bewilligungszeitraum aufnimmt und in welcher Höhe es während dieser Zeit eigenes Einkommen erzielt.

#### Zeile 25

Bitte legen Sie z.B. eine Schul- oder Immatrikulationsbescheinigung oder einen Ausbildungsvertrag in Kopie vor.

#### Zeile 31

Einnahmen sind z.B. Ausbildungsvergütung, Einnahmen aus einem Arbeitsverhältnis, aus Ferien- oder Gelegenheitsarbeit, Unterhaltsleistungen, soweit sie nicht vom erklärenden Elternteil selbst erbracht werden (z.B. Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz).

#### Zeile 34

Ihnen gegenüber **nicht** unterhaltsberechtig sind Verwandte in der Seitenlinie wie Geschwister, Onkel und Schwiegereltern.

#### Zeile 46

Bitte eine Kopie des gültigen Behindertenausweises oder eines anderen amtlichen Nachweises über den Grad der Behinderung vorlegen.

#### Zeilen 47 und 48

Beginnt der Bewilligungszeitraum (vgl. dazu Zeile 5) z.B. im Jahr 2016, so ist als vorletztes Kalenderjahr das Kalenderjahr 2014 maßgebend. Beginnt der Bewilligungszeitraum z.B. im Jahr 2017, so ist als vorletztes Kalenderjahr das Kalenderjahr 2015 maßgebend.

#### Zeilen 54 bis 56

Ihr Einkommen weisen Sie bitte durch eine Kopie des endgültigen oder unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Einkommensteuerbescheid nach. Wenn noch kein Einkommensteuerbescheid ergangen ist, legen Sie bitte hilfsweise die abgegebene Einkommensteuererklärung in Kopie vor; haben Sie auch noch keine Steuererklärung abgegeben, so legen Sie bitte den letzten Einkommensteuerbescheid in Kopie vor.

#### Zeile 63

Wenn Sie weder zur Einkommensteuer veranlagt werden, noch eine Veranlagung beantragt haben (s. Zeilen 54 - 56), geben Sie bitte Ihre Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit an und fügen Sie Nachweise hierüber in Kopie bei.

#### Zeilen 64 und 65

Zu den „Einkünften aus Kapitalvermögen“ legen Sie bitte eine Kopie der Steuerbescheinigung Ihrer Bank vor. Zu den Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung (Mini-Job) legen Sie bitte eine Kopie der Bescheinigung des Arbeitgebers über die Bruttoeinnahmen vor.

#### Zeile 67

Bitte geben Sie ausländische Einnahmen nur an, soweit sie nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten sind. Bitte legen Sie in Kopie Nachweise über den Verdienst sowie die geleisteten Steuern vor. Weisen Sie bitte etwaige über den steuerlichen Pauschbetrag hinausgehende Werbungskosten gesondert nach.

#### Zeile 69

Einnahmen nach dem Auslandstätigkeitserlass werden der Besteuerung nicht unterzogen, sind aber Einnahmen im Sinne des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

#### **Zeile 71**

Bitte fügen Sie für das in Zeile 48 genannte Jahr eine Kopie der Jahresbescheinigung nach § 92 Satz 1 Nr. 5 EStG bei, die Sie von Ihrem „Riester-Renten-Vertragspartner“ erhalten haben.

#### **Zeile 72**

Bitte erläutern Sie die geltend gemachten Kinderbetreuungskosten und fügen Sie entsprechende Belege in Kopie bei. Berücksichtigungsfähige Aufwendungen für Kinderbetreuung sind gem. § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG zwei Drittel der Aufwendungen, höchstens 4.000 Euro je Kind, für Dienstleistungen eines zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörenden Kindes im Sinne des § 32 Absatz 1, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen einer Vollendung des 25. Lebensjahres eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Dies gilt nicht für Aufwendungen für Unterricht, die Vermittlung besonderer Fähigkeiten sowie für sportliche und andere Freizeitbetätigungen. Ist das zu betreuende Kind nicht nach § 1 Absatz 1 oder Absatz 2 unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, ist der in Satz 1 genannte Betrag zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat des Kindes notwendig und angemessen ist. Voraussetzung für den Abzug der Aufwendungen nach Satz 1 ist, dass der Steuerpflichtige für die Aufwendungen eine Rechnung erhalten hat und die Zahlung auf das Konto des Erbringers der Leistung erfolgt ist.

#### **Zeile 73**

Zu den Renten gehören beispielsweise Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten, Hinterbliebenenrenten, Renten aus einer landwirtschaftlichen Alterskasse, Renten aus der Künstlersozialkasse, Ärzteversorgungen, Lebensversicherungen auf Rentenbasis, Riester- und Rüruprenten, Firmen- und Betriebsrenten und Beträge aus Zusatzversorgungskassen (z.B. Leistungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder - VBL -) sowie Unfallrenten aus einer gesetzlichen oder privaten Unfallversicherung, jeweils einschließlich etwaiger Kinderzuschüsse und Kinderzulagen.

#### **Zeile 78**

Geben Sie hier bitte Unterhaltsleistungen an, die Sie als geschiedener oder dauernd getrennt lebender Elternteil der/des Auszubildenden von einem Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartner erhalten, der nicht in Eltern-/Kind-Beziehung zur/zum Auszubildenden steht.

#### **Zeile 81**

Die Abfrage „Arbeitslosengeld“ bezieht sich nur auf Leistungen nach dem SGB III („Arbeitslosengeld I“). Nicht anzugeben sind hier Leistungen nach dem SGB II („Arbeitslosengeld II“, „Hartz IV“).

#### **Zeilen 87 bis 89**

Geben Sie bitte die Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung an, die nicht in den Zeilen 81 bis 86 aufgeführt sind.

**Die Einkommensverordnung listet Einnahmen auf, die nicht zu versteuern sind, die aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Beziehers erhöhen und deshalb bei der Berechnung des Förderungsanspruchs zu berücksichtigen sind. Wenn Sie über solche Einnahmen verfügen, sind diese anzugeben, sofern sie nachfolgend aufgeführt sind. Bitte fragen Sie bei Ihrem Amt für Ausbildungsförderung nach, wenn Sie nicht sicher sind, ob Sie bestimmte Einnahmen angeben müssen.**

### **Zusammenstellung aller Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung:**

**Als Einnahmen, die zur Deckung des Lebensbedarfs bestimmt sind, gelten folgende Leistungen:**

#### **I. Leistungen der sozialen Sicherung**

1. nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) Entgeltersatzleistungen (§ 3 Abs. 4), Gründungszuschuss (§ 93) abzüglich der pauschalierten Sozialversicherungsbeiträge, Eingliederungshilfe (§ 418);
2. nach dem Fünften, Sechsten und Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB V, SGB VI, SGB VII), dem Zweiten Gesetz über die Versicherung der Landwirte (KVLG-1989), dem Mutterschutzgesetz (MuSchG), dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Krankengeld (§§ 44 ff. SGB V, §§ 12 ff. KVLG 1989), Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse zur Erstattung des Verdienstausfalls bei Tätigkeiten als Haushaltshilfe im Krankheitsfall des Versicherten (§ 38 Abs. 4 SGB V), Mutterschaftsgeld (§ 24i SGB V, § 13 MuSchG) und Zuschuss zum Mutterschaftsgeld (§ 14 MuSchG), soweit sie das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz oder das nach § 10 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes anrechnungsfreie Elterngeld oder vergleichbare Leistungen der Länder übersteigen, Verletztengeld (§§ 45 ff. SGB VII), Übergangsgeld (§§ 49 ff. SGB VII, §§ 20 ff. SGB VI), Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz sowie es die nach § 10 BEEG anrechnungsfreien Beträge übersteigt;
3. nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären, Versorgungskrankengeld (§ 16 BVG), Übergangsgeld (§ 26a Abs. 1 BVG), Unterhaltsbeihilfe, wenn der Berechtigte nicht in einer Rehabilitationseinrichtung untergebracht ist (§ 26a Abs. 5 BVG), laufende ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, soweit sie außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen für Angehörige im Sinne des § 25 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) geleistet wird, die mit dem Einkommensbezieher nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (§ 27a BVG);
4. nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG), dem Reparationsschädengesetz (RepG) und dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG) jeweils der halbe Betrag der Unterhaltsbeihilfe (§§ 261 bis 278a LAG), Unterhaltsbeihilfe (§ 10 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes), Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 301 bis 301b LAG), Unterhaltsbeihilfe und Unterhaltsbeihilfe (§§ 44, 45 RepG), Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 12 bis 15 FlüHG);
5. nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, soweit sie nicht zum Ausgleich für den freiwilligen Wehrdienst des Auszubildenden geleistet werden, Leistungen an Nichtselbständige (§ 6) und Selbständige (§ 7), Reservistendienstleistungsprämie und Zuschläge (§ 10), Dienstgeld (§ 11), Allgemeine Leistungen (§ 17), Leistungen an Angehörige, die nicht in einem gemeinsamen Haushalt mit der oder dem freiwilligen Wehrdienst Leistenden leben (§ 22). Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen nach § 78 des Zivildienstgesetzes und § 59 des Bundesgrenzschutzgesetzes vom 18. August 1972 (BGBl. I S. 1834), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978) geändert worden ist;
6. nach dem Beamtenversorgungsgesetz Übergangsgeld (§ 47);
7. nach dem Unterhaltsvorschussgesetz Unterhaltsleistung (§§ 1 ff.);
8. Anpassungsgeld nach den Richtlinien über die Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus vom 13. Dezember 1971 (BANz. Nr. 233 vom 15. Dezember 1971), zuletzt geändert am 16. Juni 1983 (BANz. S. 5901);
9. Leistungen aufgrund der Richtlinie über die Gewährung von Beihilfen für Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 § 2 Buchstabe b des Montanunionvertrages betroffen werden, vom 25. März 1998 (BANz. S. 4951);
10. nach dem Soldatenversorgungsgesetz Übergangsgeld (§ 37), Arbeitslosenbeihilfe (§ 86a Abs. 1);
11. Vorruhestandsgeld nach der Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld vom 8. Februar 1990 (GBl. I Nr. 7 S. 42), die gemäß Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 5 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 und Artikel 4 Nr. 13 der Vereinbarung vom 18. September 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1210, 1243) mit Maßgaben weitergilt;
12. Übergangsleistungen nach § 3 Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) vom 31. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2623).

#### **II. Weitere Einnahmen**

1. nach dem Wehrsoldgesetz (Geld- und Sachbezüge), Wehrgeld (§ 2), Verpflegung (§ 3), Unterkunft (§ 4); Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen (Geld- und Sachbezüge) nach § 35 des Zivildienstgesetzes, § 59 des Bundesgrenzschutzgesetzes (siehe oben unter Ziffer I Nr. 5) sowie für Angehörige der Vollzugspolizei und der Berufsfeuerwehr;
2. Vorruhestandsbezüge und diesen gleichstehende Leistungen, soweit sie steuerfrei sind; hierzu zählt auch das Ausgleichsgeld nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl. I S. 233), soweit es die Summe des nach § 3 Nr. 27 des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerfreien Betrages nicht übersteigt;
3. Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz (§ 3 Abs. 1 Buchstabe a) sowie die Zuschläge, die versicherungsfrei Beschäftigte im Sinne des § 27 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zur Aufstockung der Bezüge bei Altersteilzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen erhalten;
4. Abfindungen nach § 3 Nr. 9 des Einkommensteuergesetzes;
5. Leistungen, die in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht erbracht werden, mit Ausnahme der Leistungen der Eltern der/des Auszubildenden und ihres/seines Ehegatten oder Lebenspartners;
6. Leistungen nach § 9 Abs. 1 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes.

#### **III. Einnahmen bei Auslandstätigkeit**

1. Bezüge der Bediensteten internationaler und zwischenstaatlicher Organisationen und Institutionen sowie Bezüge diplomatischer und konsularischer Vertreter fremder Mächte und der ihnen zugewiesenen Bediensteten, soweit diese von der Steuerpflicht befreit sind;
  2. nach dem Bundesbesoldungsgesetz: Auslandszuschlag nach § 55 Abs. 1 bis 4 mit 10 vom Hundert des Betrages, Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 mit 50 vom Hundert des Betrages, Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 mit 80 vom Hundert des Betrages;
- Entsprechendes gilt für vergleichbare Bezüge von Personen, die im öffentlichen Interesse nach außerhalb des Geltungsbereichs des Bundesausbildungsförderungsgesetzes entsandt, vermittelt oder dort beschäftigt sind.



# Formblatt 3

Stand: 2018

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

**Hinweis:** Sie sind nach § 47 Abs.4 BAföG i.V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Weitere Informationen zu Ihren datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie unter: <https://www.bafög.de/hinweis>

|                  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Förderungsnummer |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|                  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Eingangsstempel  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |

Zeile

1

|                             |             |
|-----------------------------|-------------|
| Name der/des Auszubildenden | Geburtsname |
|-----------------------------|-------------|

2

|         |
|---------|
| Vorname |
|---------|

3

|              |            |
|--------------|------------|
| Geburtsdatum | Geburtsort |
|--------------|------------|

!

4

**Einkommenserklärung**  des Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartners  des Vaters  der Mutter

5

(Angaben zu Zeilen 6 bis 46 beziehen sich auf den **Bewilligungszeitraum**)

6

## Angaben zur Person

7

|                        |         |              |
|------------------------|---------|--------------|
| Name, ggf. Geburtsname | Vorname | Geburtsdatum |
|------------------------|---------|--------------|

8

|                    |  |
|--------------------|--|
| Straße, Hausnummer | Telefon (mit Vorwahl) - Angabe empfohlen |
|--------------------|--|

9

|                           |     |     |                           |
|---------------------------|-----|-----|---------------------------|
| ggf. Ausl.-Kennbuchstaben | PLZ | Ort | E-Mail - Angabe empfohlen |
|---------------------------|-----|-----|---------------------------|

!

10

ledig  verheiratet/in eingetragener Lebenspartnerschaft seit\*  dauernd getrennt lebend seit\*  verwitwet seit\*  geschieden/aufgehoben seit\* Datum\* Tag | Monat | Jahr | | | \* Datumsangabe nur bei Änderung gegenüber der letzten Erklärung

11

Erwerbstätig als  Arbeiterin/Arbeiter  Angestellte/Angestellter  Beamtin/Beamter  Selbständige/Selbständiger  Nicht mehr erwerbstätig seit Monat | Jahr | | |

12

**Kinder, soweit sie von Ihnen unterhalten werden, sich in Ausbildung befinden oder in Ihren Haushalt aufgenommen wurden. Mütter und Väter geben bitte die Antragstellerin/den Antragsteller nicht mit an.**

13

(Weitere Kinder bitte auf zusätzlichem Blatt angeben)

14

|  |         |  |  |         |  |  |         |  |  |
|--|---------|--|--|---------|--|--|---------|--|--|
|  | 1. Kind |  |  | 2. Kind |  |  | 3. Kind |  |  |
|--|---------|--|--|---------|--|--|---------|--|--|

15

|               |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|---------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Name, Vorname |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|---------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

16

|              |                    |                    |                    |
|--------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Geburtsdatum | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr |
|--------------|--------------------|--------------------|--------------------|

17

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| Wohnung bei den Eltern/einem Elternteil | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
|---|---|---|---|

18

|  |   |   |   |
|--|---|---|---|
| Gemeinsames Kind der Eltern der/des Auszubildenden | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis |
|--|---|---|---|

19

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| bzw. gemeinsames Kind der/des Auszubildenden und des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners (eLP) | <input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen | <input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen | <input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen |
|---|---|---|---|

20

21

22

23

24

|                            |  |  |  |
|----------------------------|--|--|--|
| Name der Ausbildungsstätte |  |  |  |
|----------------------------|--|--|--|

25

|   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| Art des Ausbildungsverhältnisses <b>B</b> |  |  |  |
|---|--|--|--|

26

|  |  |  |  |
|--|--|--|--|
| derzeitige Klasse/derzeitiges Semester |  |  |  |
|--|--|--|--|

27

|                   |                    |                    |                    |
|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Ausbildungsbeginn | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr |
|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|

28

|                                   |                    |                    |                    |
|-----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| voraussichtliches Ausbildungsende | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr | Tag   Monat   Jahr |
|-----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|

29

|                                 |     |     |     |
|---------------------------------|-----|-----|-----|
| voraussichtlicher Abschluss als | Art | Art | Art |
|---------------------------------|-----|-----|-----|

30

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Förderung als behinderter Mensch | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
|---|---|---|---|

31

|                              |  |  |  |
|------------------------------|--|--|--|
| Art der Einnahme(n) <b>B</b> |  |  |  |
|------------------------------|--|--|--|

32

|                              |      |      |      |
|------------------------------|------|------|------|
| Einnahmen monatlich <b>B</b> | Euro | Euro | Euro |
|------------------------------|------|------|------|

30

31

32

!

!

!

!

!

!

!

!

!

!

!

**B** Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

33 **Angaben zur Prüfung, ob weitere Freibeträge zu gewähren sind**

34 Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte Person(en) (z. B. geschiedener Ehegatte, dauernd von Ihnen getrennt lebender eingetragener Lebenspartner, zweiter Ehegatte, Eltern oder andere Verwandte in gerader Linie), soweit Sie ihnen Unterhalt zahlen:

|    |                        |         |              |
|----|------------------------|---------|--------------|
| 35 | Name, ggf. Geburtsname | Vorname | Geburtsdatum |
| 36 | a)                     |         |              |
| 37 | Name, ggf. Geburtsname | Vorname | Geburtsdatum |
| 38 | b)                     |         |              |

39 Gegebenenfalls Art der gegenwärtigen Ausbildung **B**

|    |       |                       |
|----|-------|-----------------------|
| 40 | zu a) | vorauss. Abschluss am |
| 41 | zu b) | vorauss. Abschluss am |

42 Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht

|    |       |
|----|-------|
| 43 | zu a) |
| 44 | zu b) |

45 Art und Höhe der Einnahmen der ab Zeile 34 genannten Person(en) im Bewilligungszeitraum **B**

|       |        |      |  |
|-------|--------|------|--|
| zu a) | brutto | Euro |  |
| zu b) | brutto | Euro |  |

46 Ich beantrage für mich, die Antragstellerin/den Antragsteller oder eine andere mir gegenüber unterhaltsberechtigte Person einen Freibetrag/Freibeträge wegen einer anerkannten Behinderung.  ja **B**

47 Für alle nachfolgenden Fragen sind die Verhältnisse im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgebend,

48 also die des Kalenderjahres  .

49 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 50  erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung
- 51  erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z. B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in)
- 52  erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder auf Antrag wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in **B**
- 53  Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige Nichterwerbstätige

54 Wurden Sie für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur Einkommensteuer veranlagt?  ja (Bescheid - alle Seiten - in Kopie beifügen)  nein

55 Werden Sie noch für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur Einkommensteuer veranlagt?  ja (Bescheid - alle Seiten - nach Erhalt in Kopie übersenden)  nein

56 Wurden Sie nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG zur Antragstellung veranlagt (früherer Lohnsteuerjahresausgleich)?  ja (Bescheid - alle Seiten - in Kopie beifügen)  nein

57 Die Veranlagung erfolgt/e zusammen mit

- 58  der derzeitigen Ehegattin/  
dem derzeitigen Ehegatten  dem Vater  
der/des Auszubildenden  der Mutter  
der/des Auszubildenden

|    |                    |            |
|----|--------------------|------------|
| 59 | Name des Finanzamt | Steuer-Nr. |
|----|--------------------|------------|

60 Haben Sie gegen den beigegeführten Einkommensteuerbescheid ein Einspruchs-/Klageverfahren eingeleitet,  ja  
das noch nicht abgeschlossen ist?

61 Angaben zur Kirchensteuer, soweit nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten (Bescheid - alle Seiten - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

62 Angaben zur Gewerbesteuer Bescheid - alle Seiten - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

**B** Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

|  |   |   |                    |         |              |         |  |  |
|--|---|---|--------------------|---------|--------------|---------|--|--|
| Zeile  | Name, Vorname der/des Auszubildenden  | Name, Vorname der/des Erklärenden                                 |                    |         |              |         |  |  |
|  | Jahresbruttobetrag der Einnahmen  | hierauf gezahlte/abgeführte Steuern                               |                    |         |              |         |  |  |
| 63   | Wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt worden ist und auch nicht mehr durchgeführt wird <input type="checkbox"/> <b>B</b> Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>  | Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>                   |                    |         |              |         |  |  |
| 64   | Einkünfte aus Kapitalvermögen, soweit nicht bereits im Einkommensteuerbescheid enthalten <input type="checkbox"/> <b>B</b>  | Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>                   |                    |         |              |         |  |  |
| 65   | Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung (Mini-Job) <input type="checkbox"/> <b>B</b>  | Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>                   |                    |         |              |         |  |  |
| 66   | Beginn dieses geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses vor dem 01.01.2013 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 67   | Wenn Einnahmen im Ausland erzielt wurden <input type="checkbox"/> <b>B</b>  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 68   | <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%;">Staat <input style="width: 95%;" type="text"/></td> <td style="width: 15%;">Jahresbruttobetrag</td> <td style="width: 15%;">Währung</td> <td style="width: 15%;">Steuerbetrag</td> <td style="width: 22%;">Währung</td> </tr> </table>  | Staat <input style="width: 95%;" type="text"/>                    | Jahresbruttobetrag | Währung | Steuerbetrag | Währung |  |  |
| Staat <input style="width: 95%;" type="text"/> | Jahresbruttobetrag  | Währung   | Steuerbetrag       | Währung |              |         |  |  |
| 69   | <b>Einnahmen</b> , die aufgrund des <b>Auslandstätigkeitserlasses</b> nicht versteuert wurden <input type="checkbox"/> <b>B</b> Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>   |   |                    |         |              |         |  |  |
| 70   | Wurden vom Arbeitgeber <b>vermögenswirksame Leistungen</b> erbracht? <input type="checkbox"/> ja  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 71   | Beiträge zur geförderten Altersvorsorge nach § 82 EStG (" <b>Riester-Rente</b> "):<br><input type="checkbox"/> <b>B</b> Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>   |   |                    |         |              |         |  |  |
| 72   | Wenn noch kein Einkommensteuerbescheid vorliegt, Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs.1 Nr. 5 EStG <input type="checkbox"/> <b>B</b> Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 73   | <b>Renten</b> (Bescheide bzw. Rentenmitteilungen vollständig in Kopie beifügen.)  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 74   | Art der Renten  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 75   | <input style="width: 150px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 20px;">Tag</td><td style="width: 20px;">Monat</td><td style="width: 20px;">Jahr</td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td></tr></table> Jahresbruttobetrag Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> | Tag   | Monat              | Jahr    |              |         |  |  |
| Tag  | Monat   | Jahr  |                    |         |              |         |  |  |
| 76   | <input style="width: 150px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 20px;">Tag</td><td style="width: 20px;">Monat</td><td style="width: 20px;">Jahr</td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td></tr></table> Jahresbruttobetrag Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> | Tag   | Monat              | Jahr    |              |         |  |  |
| Tag  | Monat   | Jahr  |                    |         |              |         |  |  |
| 77   | <input style="width: 150px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 20px;">Tag</td><td style="width: 20px;">Monat</td><td style="width: 20px;">Jahr</td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td><td style="width: 20px;"> </td></tr></table> Jahresbruttobetrag Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> | Tag   | Monat              | Jahr    |              |         |  |  |
| Tag  | Monat   | Jahr  |                    |         |              |         |  |  |
| 78   | <b>Unterhaltsleistungen von</b> <input style="width: 150px;" type="text"/> Name, ggf. Geburtsname, Vorname  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 79   | <input style="width: 150px;" type="text"/> Verwandtschaftsverhältnis zur/zum Erklärenden  | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |                    |         |              |         |  |  |
| 80   | <b>Einnahmen nach der BAföG - Einkommensverordnung</b> <input type="checkbox"/> <b>B</b><br>(Siehe Erläuterungen zu Formblatt 3)  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 81   | Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld   | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |                    |         |              |         |  |  |
| 82   | Krankengeld   | Netto-Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/> |                    |         |              |         |  |  |
| 83   | Insolvenzgeld   | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |                    |         |              |         |  |  |
| 84   | Übergangsgeld   | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |                    |         |              |         |  |  |
| 85   | Kurzarbeitergeld  | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |                    |         |              |         |  |  |
| 86   | Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten   | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |                    |         |              |         |  |  |
| 87   | <b>Haben Sie andere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung bezogen?</b>  |   |                    |         |              |         |  |  |
| 88   | <input type="checkbox"/> nein   |   |                    |         |              |         |  |  |
| 89   | <input type="checkbox"/> ja, und zwar <input type="checkbox"/> <b>B</b> <input style="width: 150px;" type="text"/>  | Jahressumme Euro <input style="width: 100px;" type="text"/>       |                    |         |              |         |  |  |

**B** Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

90 Dieses Formblatt 3 kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden übersandt werden.

91 **Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung mit Begründung schriftlich mit.**

92 Wenn das aktuelle Einkommen der erklärenden Person voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im maßgeblichen Kalenderjahr (Zeile 47 und 48), kann auf **besonderen Antrag** der/des Auszubildenden von den **Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum (BWZ)** ausgegangen werden. Der Antrag (Formblatt 7 - Antrag auf Aktualisierung) muss spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

93 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen der erklärenden Person ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben (z. B. für Aufwendungen für behinderte Personen). Dieser Antrag muss ebenfalls spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

94 Mir ist bekannt,  
 95 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;

96 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;

97 - **dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt für die Rückforderung von BAföG-Darlehen übermittelt werden, um die Anschrift der Darlehensnehmerin oder des Darlehensnehmers zu ermitteln;**

98 - dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber sowie durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;

99 - **dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meiner Tochter/meinem Sohn vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste, und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze für Schülerinnen/Schüler zwischen 231 Euro und 708 Euro und für Studierende zwischen 451 Euro und 735 Euro erreichen kann. Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.**

100 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.**

|            |                                  |
|------------|----------------------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift der/des Erklärenden |
|------------|----------------------------------|

102 **Zusaterklärung für Elternteile ohne Einkommen**

103 Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil der/des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil die folgende Zusaterklärung abgeben. In diesem Fall entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben. Dies gilt nicht, wenn das Formblatt mit elektronischer Signatur vorgelegt wird.

104 Ich,  ,

105 **erkläre, dass ich im maßgeblichen Kalenderjahr, also im Kalenderjahr**  ,  
 106 **kein eigenes Einkommen hatte, das in diesem Formblatt anzugeben wäre.**

107 Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben.

108 Mir ist bekannt,  
 109 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung mitzuteilen;

110 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind.

|            |                                  |
|------------|----------------------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift der/des Erklärenden |
|------------|----------------------------------|

**Erläuterungen zur Einkommenserklärung  
des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners der/des Auszubildenden,  
des Vaters und der Mutter der/des Auszubildenden  
- Formblatt 3 -**

**Allgemeines:**

Wenn die/der Auszubildende verheiratet ist oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt, ist ein Formblatt 3 von ihrem/seinem **Ehegatten** bzw. **eingetragenen (gleichgeschlechtlichen) Lebenspartner** auszufüllen. Die Lebenspartnerschaft muss vom Standesbeamten nach § 1 Lebenspartnerschaftsgesetz oder von einer anderen nach Landesrecht zuständigen Urkundsperson oder Behörde begründet worden sein.

Wenn Sie als *Ehegatte oder eingetragener Lebenspartner* der/des Auszubildenden von ihr/ihm dauernd getrennt leben, sind Einkommensangaben nicht erforderlich.

Leben Sie mit der/dem Auszubildenden in einer *anderen eheähnlichen Lebensgemeinschaft*, wird das Formblatt 3 von Ihnen nicht benötigt.

Von *jedem Elternteil* mit eigenem Einkommen ist ein eigenes Formblatt 3 auszufüllen. Gemeint ist hier der leibliche oder Adoptivelternteil. Ein Elternteil **ohne** Einkommen kann an Stelle einer eigenen Erklärung die **Zusatzklärung auf Seite 4** abgeben. Dies gilt nicht, wenn das Formblatt mit elektronischer Signatur vorgelegt wird.

**Ersatzpflicht:**

Haben Sie die Leistung von Ausbildungsförderung an die/den Auszubildende/n dadurch herbeigeführt,

- dass Sie vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben gemacht haben **oder**

- dass Sie Änderungen in den Verhältnissen nicht unverzüglich mitgeteilt haben, die für die Leistung von Ausbildungsförderung erheblich sind oder über die von Ihnen im Zusammenhang mit der Leistung von Ausbildungsförderung Erklärungen abgegeben worden sind,

so haben Sie den Betrag, der nach dem BAföG der/dem Auszubildenden als Förderungsbetrag zu Unrecht geleistet worden ist, verzinst zu ersetzen.

**Datenschutz:**

Die Daten werden maschinell verarbeitet und gespeichert. Über Art und Umfang der über Sie gespeicherten Daten können Sie Auskunft verlangen.

Bitte füllen Sie das Formblatt sorgfältig, vollständig und gut lesbar aus. Beachten Sie bitte die nachfolgenden Hinweise und fügen Sie die erforderlichen **Belege** und **Nachweise** bei. Sonstige dort enthaltene Angaben, die für die Entscheidung über den Antrag nicht erforderlich sind, können von Ihnen geschwärzt werden.

**Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, so teilen Sie dies dem Amt für Ausbildungsförderung mit Begründung schriftlich mit.**

**Dieses Formblatt können Sie auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden dem Amt für Ausbildungsförderung unmittelbar übersenden. Es muss dann unbedingt die Förderungsnummer oder einen Hinweis auf die Ausbildungsstätte/Fachrichtung enthalten.**

**Was Sie beim Ausfüllen beachten müssen:****Zeile 4**

Wer die Einkommenserklärung als Ehegatte/eingetragener Lebenspartner sowie als Vater und Mutter ausfüllen muss, steht oben unter „Allgemeines“.

**Zeile 5**

Der Bewilligungszeitraum (BWZ) ist der Zeitraum, für den die Förderung bewilligt wird. Dies ist in der Regel das jeweilige Schul- oder Studienjahr.

**Zeile 9**

Verwenden Sie bei einer Anschrift im Ausland nur die für den ausländischen Staat international gebräuchlichen Buchstaben (z.B. NL für Niederlande).

**Zeile 10**

Die Angaben dauernd getrennt lebend, verwitwet oder geschieden sind auch anzukreuzen, wenn Sie in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft dauernd getrennt leben, der eingetragene Lebenspartner verstorben ist oder die eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben wurde.

**Zeilen 12 bis 32**

Die Antragstellerin/Den Antragsteller bitte nicht eintragen. Folgende Kinder bitte angeben: Eheliche, für ehelich erklärte, an Kindes Statt angenommene und nichteheliche Kinder.

**Achtung !**

**Bei Nichtbeachtung sind nachteilige Auswirkungen auf die Förderungshöhe möglich:**

Soweit zum Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung eines der hier aufgeführten Kinder noch nicht in einer Ausbildung steht, der Beginn der Ausbildung aber bereits abzusehen ist, teilen Sie dies dem Amt für Ausbildungsförderung bitte formlos mit. Beendet ein Kind im Laufe des Bewilligungszeitraums die Ausbildung, so teilen Sie bitte den Zeitpunkt des Ausbildungsendes mit; dabei ist auch anzugeben, ob und welche weitere Ausbildung das Kind in dem verbleibenden Bewilligungszeitraum aufnimmt und in welcher Höhe es während dieser Zeit eigenes Einkommen erzielt.

**Zeile 25**

Bitte legen Sie z.B. eine Schul- oder Immatrikulationsbescheinigung oder einen Ausbildungsvertrag in Kopie vor.

**Zeile 31**

Einnahmen sind z.B. Ausbildungsvergütung, Einnahmen aus einem Arbeitsverhältnis, aus Ferien- oder Gelegenheitsarbeit, Unterhaltsleistungen, soweit sie nicht vom erklärenden Elternteil selbst erbracht werden (z.B. Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz).

**Zeile 34**

Ihnen gegenüber **nicht** unterhaltsberechtigter Verwandte in der Seitenlinie wie Geschwister, Onkel und Schwiegereltern.

**Zeile 46**

Bitte eine Kopie des gültigen Behindertenausweises oder eines anderen amtlichen Nachweises über den Grad der Behinderung vorlegen.

**Zeilen 47 und 48**

Beginnt der Bewilligungszeitraum (vgl. dazu Zeile 5) z.B. im Jahr 2016, so ist als vorletztes Kalenderjahr das Kalenderjahr 2014 maßgebend. Beginnt der Bewilligungszeitraum z.B. im Jahr 2017, so ist als vorletztes Kalenderjahr das Kalenderjahr 2015 maßgebend.

**Zeilen 54 bis 56**

Ihr Einkommen weisen Sie bitte durch eine Kopie des endgültigen oder unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Einkommensteuerbescheid nach. Wenn noch kein Einkommensteuerbescheid ergangen ist, legen Sie bitte hilfsweise die abgegebene Einkommensteuererklärung in Kopie vor; haben Sie auch noch keine Steuererklärung abgegeben, so legen Sie bitte den letzten Einkommensteuerbescheid in Kopie vor.

**Zeile 63**

Wenn Sie weder zur Einkommensteuer veranlagt werden, noch eine Veranlagung beantragt haben (s. Zeilen 54 - 56), geben Sie bitte Ihre Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit an und fügen Sie Nachweise hierüber in Kopie bei.

**Zeilen 64 und 65**

Zu den „Einkünften aus Kapitalvermögen“ legen Sie bitte eine Kopie der Steuerbescheinigung Ihrer Bank vor. Zu den Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung (Mini-Job) legen Sie bitte eine Kopie der Bescheinigung des Arbeitgebers über die Bruttoeinnahmen vor.

**Zeile 67**

Bitte geben Sie ausländische Einnahmen nur an, soweit sie nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten sind. Bitte legen Sie in Kopie Nachweise über den Verdienst sowie die geleisteten Steuern vor. Weisen Sie bitte etwaige über den steuerlichen Pauschbetrag hinausgehende Werbungskosten gesondert nach.

**Zeile 69**

Einnahmen nach dem Auslandstätigkeitserlass werden der Besteuerung nicht unterzogen, sind aber Einnahmen im Sinne des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

#### **Zeile 71**

Bitte fügen Sie für das in Zeile 48 genannte Jahr eine Kopie der Jahresbescheinigung nach § 92 Satz 1 Nr. 5 EStG bei, die Sie von Ihrem „Riester-Renten-Vertragspartner“ erhalten haben.

#### **Zeile 72**

Bitte erläutern Sie die geltend gemachten Kinderbetreuungskosten und fügen Sie entsprechende Belege in Kopie bei. Berücksichtigungsfähige Aufwendungen für Kinderbetreuung sind gem. § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG zwei Drittel der Aufwendungen, höchstens 4.000 Euro je Kind, für Dienstleistungen eines zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörenden Kindes im Sinne des § 32 Absatz 1, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen einer Vollendung des 25. Lebensjahres eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Dies gilt nicht für Aufwendungen für Unterricht, die Vermittlung besonderer Fähigkeiten sowie für sportliche und andere Freizeitbetätigungen. Ist das zu betreuende Kind nicht nach § 1 Absatz 1 oder Absatz 2 unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, ist der in Satz 1 genannte Betrag zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat des Kindes notwendig und angemessen ist. Voraussetzung für den Abzug der Aufwendungen nach Satz 1 ist, dass der Steuerpflichtige für die Aufwendungen eine Rechnung erhalten hat und die Zahlung auf das Konto des Erbringers der Leistung erfolgt ist.

#### **Zeile 73**

Zu den Renten gehören beispielsweise Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten, Hinterbliebenenrenten, Renten aus einer landwirtschaftlichen Alterskasse, Renten aus der Künstlersozialkasse, Ärzteversicherungen, Lebensversicherungen auf Rentenbasis, Riester- und Rüruprenten, Firmen- und Betriebsrenten und Beträge aus Zusatzversorgungskassen (z.B. Leistungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder - VBL -) sowie Unfallrenten aus einer gesetzlichen oder privaten Unfallversicherung, jeweils einschließlich etwaiger Kinderzuschüsse und Kinderzulagen.

#### **Zeile 78**

Geben Sie hier bitte Unterhaltsleistungen an, die Sie als geschiedener oder dauernd getrennt lebender Elternteil der/des Auszubildenden von einem Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartner erhalten, der nicht in Eltern-/Kind-Beziehung zur/zum Auszubildenden steht.

#### **Zeile 81**

Die Abfrage „Arbeitslosengeld“ bezieht sich nur auf Leistungen nach dem SGB III („Arbeitslosengeld I“). Nicht anzugeben sind hier Leistungen nach dem SGB II („Arbeitslosengeld II“, „Hartz IV“).

#### **Zeilen 87 bis 89**

Geben Sie bitte die Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung an, die nicht in den Zeilen 81 bis 86 aufgeführt sind.

**Die Einkommensverordnung listet Einnahmen auf, die nicht zu versteuern sind, die aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Beziehers erhöhen und deshalb bei der Berechnung des Förderungsanspruchs zu berücksichtigen sind. Wenn Sie über solche Einnahmen verfügen, sind diese anzugeben, sofern sie nachfolgend aufgeführt sind. Bitte fragen Sie bei Ihrem Amt für Ausbildungsförderung nach, wenn Sie nicht sicher sind, ob Sie bestimmte Einnahmen angeben müssen.**

### **Zusammenstellung aller Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung:**

**Als Einnahmen, die zur Deckung des Lebensbedarfs bestimmt sind, gelten folgende Leistungen:**

#### **I. Leistungen der sozialen Sicherung**

1. nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) Entgeltersatzleistungen (§ 3 Abs. 4), Gründungszuschuss (§ 93) abzüglich der pauschalierten Sozialversicherungsbeiträge, Eingliederungshilfe (§ 418);
2. nach dem Fünften, Sechsten und Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB V, SGB VI, SGB VII), dem Zweiten Gesetz über die Versicherung der Landwirte (KVLG-1989), dem Mutterschutzgesetz (MuSchG), dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Krankengeld (§§ 44 ff. SGB V, §§ 12 ff. KVLG 1989), Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse zur Erstattung des Verdienstausfalls bei Tätigkeiten als Haushaltshilfe im Krankheitsfall des Versicherten (§ 38 Abs. 4 SGB V), Mutterschaftsgeld (§ 24i SGB V, § 13 MuSchG) und Zuschuss zum Mutterschaftsgeld (§ 14 MuSchG), soweit sie das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz oder das nach § 10 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes anrechnungsfreie Elterngeld oder vergleichbare Leistungen der Länder übersteigen, Verletztengeld (§§ 45 ff. SGB VII), Übergangsgeld (§§ 49 ff. SGB VII, §§ 20 ff. SGB VI), Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz soweit es die nach § 10 BEEG anrechnungsfreien Beträge übersteigt;
3. nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären, Versorgungskrankengeld (§ 16 BVG), Übergangsgeld (§ 26a Abs. 1 BVG), Unterhaltsbeihilfe, wenn der Berechtigte nicht in einer Rehabilitationseinrichtung untergebracht ist (§ 26a Abs. 5 BVG), laufende ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, soweit sie außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen für Angehörige im Sinne des § 25 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) geleistet wird, die mit dem Einkommensbezieher nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (§ 27a BVG);
4. nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG), dem Reparationsschädengesetz (RepG) und dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG) jeweils der halbe Betrag der Unterhaltsbeihilfe (§§ 261 bis 278a LAG), Unterhaltsbeihilfe (§ 10 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes), Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 301 bis 301b LAG), Unterhaltsbeihilfe und Unterhaltsbeihilfe (§§ 44, 45 RepG), Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 12 bis 15 FlüHG);
5. nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, soweit sie nicht zum Ausgleich für den freiwilligen Wehrdienst des Auszubildenden geleistet werden, Leistungen an Nichtselbständige (§ 6) und Selbständige (§ 7), Reservistendienstleistungsprämie und Zuschläge (§ 10), Dienstgeld (§ 11), Allgemeine Leistungen (§ 17), Leistungen an Angehörige, die nicht in einem gemeinsamen Haushalt mit der oder dem freiwilligen Wehrdienst Leistenden leben (§ 22). Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen nach § 78 des Zivildienstgesetzes und § 59 des Bundesgrenzschutzgesetzes vom 18. August 1972 (BGBl. I S. 1834), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978) geändert worden ist;
6. nach dem Beamtenversorgungsgesetz Übergangsgeld (§ 47);
7. nach dem Unterhaltsvorschußgesetz Unterhaltsleistung (§§ 1 ff.);
8. Anpassungsgeld nach den Richtlinien über die Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus vom 13. Dezember 1971 (BANz. Nr. 233 vom 15. Dezember 1971), zuletzt geändert am 16. Juni 1983 (BANz. S. 5901);
9. Leistungen aufgrund der Richtlinie über die Gewährung von Beihilfen für Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 § 2 Buchstabe b des Montanunionvertrages betroffen werden, vom 25. März 1998 (BANz. S. 4951);
10. nach dem Soldatenversorgungsgesetz Übergangsgeld (§ 37), Arbeitslosenbeihilfe (§ 86a Abs. 1);
11. Vorruhestandsgeld nach der Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld vom 8. Februar 1990 (GBl. I Nr. 7 S. 42), die gemäß Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 5 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 und Artikel 4 Nr. 13 der Vereinbarung vom 18. September 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1210, 1243) mit Maßgaben weitergilt;
12. Übergangsleistungen nach § 3 Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) vom 31. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2623).

#### **II. Weitere Einnahmen**

1. nach dem Wehrsoldgesetz (Geld- und Sachbezüge), Wehrsold (§ 2), Verpflegung (§ 3), Unterkunft (§ 4); Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen (Geld- und Sachbezüge) nach § 35 des Zivildienstgesetzes, § 59 des Bundesgrenzschutzgesetzes (siehe oben unter Ziffer I Nr. 5) sowie für Angehörige der Vollzugspolizei und der Berufsfeuerwehr;
2. Vorruhestandsbezüge und diesen gleichstehende Leistungen, soweit sie steuerfrei sind; hierzu zählt auch das Ausgleichsgeld nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl. I S. 233), soweit es die Summe des nach § 3 Nr. 27 des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerfreien Betrages nicht übersteigt;
3. Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz (§ 3 Abs. 1 Buchstabe a) sowie die Zuschläge, die versicherungsfrei Beschäftigte im Sinne des § 27 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zur Aufstockung der Bezüge bei Altersteilzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen erhalten;
4. Abfindungen nach § 3 Nr. 9 des Einkommensteuergesetzes;
5. Leistungen, die in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht erbracht werden, mit Ausnahme der Leistungen der Eltern der/des Auszubildenden und ihres/seines Ehegatten oder Lebenspartners;
6. Leistungen nach § 9 Abs. 1 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes.

#### **III. Einnahmen bei Auslandstätigkeit**

1. Bezüge der Bediensteten internationaler und zwischenstaatlicher Organisationen und Institutionen sowie Bezüge diplomatischer und konsularischer Vertreter fremder Mächte und der ihnen zugewiesenen Bediensteten, soweit diese von der Steuerpflicht befreit sind;
  2. nach dem Bundesbesoldungsgesetz: Auslandszuschlag nach § 55 Abs. 1 bis 4 mit 10 vom Hundert des Betrages, Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 mit 50 vom Hundert des Betrages, Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 mit 80 vom Hundert des Betrages;
- Entsprechendes gilt für vergleichbare Bezüge von Personen, die im öffentlichen Interesse nach außerhalb des Geltungsbereichs des Bundesausbildungsförderungsgesetzes entsandt, vermittelt oder dort beschäftigt sind.

## Hinweisblatt zum Datenschutz (BAföG-Formblätter 1, 3, 4, 6, 7 und 8)

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Art und Weise und die Hintergründe der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit Ihrer Antragstellung auf eine Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).

Die folgenden Hinweise gelten gleichermaßen für Antragstellende nach dem BAföG sowie im Rahmen der Ausführung des Gesetzes zur Auskunft Verpflichtete wie Ehegatten, Lebenspartner und Eltern.

Folgende Informationen teilen wir ihnen gemäß Art. 13 und 14 DSGVO bei Erhebung der personenbezogenen Daten mit:

### 1. Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten

- Die zuständige Stelle für die Erhebung der Daten im Rahmen der Beantragung von Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist die Behörde, bei der das für den Auszubildenden zuständige Amt für Ausbildungsförderung gebildet worden ist. Sie ist Verantwortlicher im Sinne des Art. 13 DSGVO. Die Kontaktdaten des Verantwortlichen sowie des zuständigen Datenschutzbeauftragten entnehmen Sie bitte der Mitteilung des Amtes für Ausbildungsförderung.
- Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten ist notwendig, um über den Förderungsantrag nach dem BAföG entscheiden zu können (Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 46 Abs. 3 BAföG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

### 2. Informationen zur Weiterverarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten

Ihre personenbezogenen Daten können, soweit dies jeweils erforderlich ist, folgendermaßen weiterverarbeitet und an andere zuständige Stellen übermittelt werden:

- Die im Rahmen des Antrags gemachten Angaben zu Ihrem Einkommen sowie zum Einkommen Ihres Ehegatten/Ihrer Ehegattin oder Ihres Lebenspartners/Ihrer Lebenspartnerin und ggf. zum Einkommen Ihrer Eltern können beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei dem jeweiligen Arbeitgeber sowie durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden.
- Die im Rahmen des Antrags gemachten Angaben zu Ihrem Vermögen können durch einen Datenabgleich (§ 41 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 45d EStG) und durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen.
- Die geleisteten Darlehen einschließlich der zugehörigen personenbezogenen Daten werden von den Ämtern für Ausbildungsförderung zum Zweck des Darlehenseinzugs dem Bundesverwaltungsamt (BVA) übermittelt (§ 9 Darlehensverordnung i. V. m. § 18 Abs. 6 und § 39 Abs. 2 BAföG).
- Im Fall der Inanspruchnahme von Ausbildungsförderung in Form eines verzinslichen Bankdarlehens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach § 18c BAföG übermittelt das zuständige Amt für Ausbildungsförderung die Auszahlungsdaten der KfW (§ 41 Abs. 2 BAföG). Die für die Darlehensrückzahlung erforderlichen Daten werden zwischen der KfW und dem Bundesverwaltungsamt (BVA) ausgetauscht (§ 18c Abs. 7 BAföG).
- Ihre Daten, insbesondere Ihre Adressdaten bzw. Kontoinformationen, werden zur kassenmäßigen Abwicklung der Leistungen (z.B. Auszahlung der Gelder) an die zuständige Landeskasse und von dieser an Kreditinstitute (z.B. kontoführende Bank des Auszubildenden) weitergegeben (Landesdatenschutzgesetz).
- Im Falle einer nicht beglichenen Forderung gegen Sie werden Ihre personenbezogenen Daten an die in den Ländern zuständigen Vollstreckungsbehörden, z.B. dem Wohnsitzfinanzamt, nach Maßgabe der jeweiligen Landesvollstreckungsgesetzen weitergegeben. Dies ist möglich, wenn Sie zum Beispiel eine Überzahlung erhalten haben, die vom Amt für Ausbildungsförderung zurückgefordert, von Ihnen aber nicht bezahlt wird.

- Zur Ausübung der Fach- und Rechtsaufsicht durch die entsprechenden Landesbehörden können Ihre Daten vom zuständigen Amt für Ausbildungsförderung an diese Behörden weitergegeben werden (Landesdatenschutzgesetz). Dies gilt ebenso im Falle von Prüfungen durch den jeweiligen Landes- oder den Bundesrechnungshof (Landeshaushaltsordnungen, Bundshaushaltsordnung).
- Die Daten zum Bezug des Kranken- und Pflegeversicherungszuschlags werden im Rahmen des Meldeverfahrens nach § 10 Abs. 4b EStG an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen der deutschen Rentenversicherung (ZfA) weitergegeben.
- Im Rahmen der BAföG-Antragsbearbeitung können auch Rentenstellen zum Einkommen befragt und Ihre Daten an das zuständige Jobcenter/an die zuständige Agentur für Arbeit (ARGE) weitergegeben werden (§ 47 Abs. 5 BAföG).
- Die Angaben zum Einkommen eines Elternteils, des Ehegatten oder Lebenspartners von Antragstellenden werden dem Auszubildenden im Bewilligungsbescheid (BAföG-Bescheid) mitgeteilt. Elternteile, Ehegatten oder Lebenspartner des Auszubildenden können der Weitergabe dieser Daten an den Auszubildenden mit Ausnahme des Betrages des angerechneten Einkommens widersprechen (§ 50 Abs. 2 S. 3 BAföG).

### **3. Informationen zur Speicherung Ihrer Daten**

Ihre Daten werden nach der Erhebung und ggf. Weiterleitung bei der jeweiligen Behörde so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsbestimmungen des Bundes und der Länder für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Speicherdauer kann dann bis zu 12 Jahre nach der letzten Rückzahlung des BAföG-Darlehensanteiles betragen, bevor die Daten endgültig gelöscht werden.

### **4. Informationen zu Ihren Rechten und Pflichten**

- Sie haben gegenüber dem Amt für Ausbildungsförderung ein Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie gegebenenfalls auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten und ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein etwaiges Recht auf Datenübertragbarkeit.
- Ihnen steht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde zu. Nähere Informationen darüber hält Ihr Amt für Ausbildungsförderung bereit.
- Sollten Sie notwendige Informationen nicht bereitstellen wollen, kann der Anspruch auf BAföG nicht geprüft werden. Dies hat zur Folge, dass über den Antrag nicht abschließend entschieden werden und infolgedessen auch keine Förderung nach dem BAföG erfolgen kann.